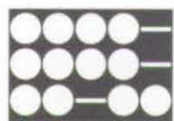


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

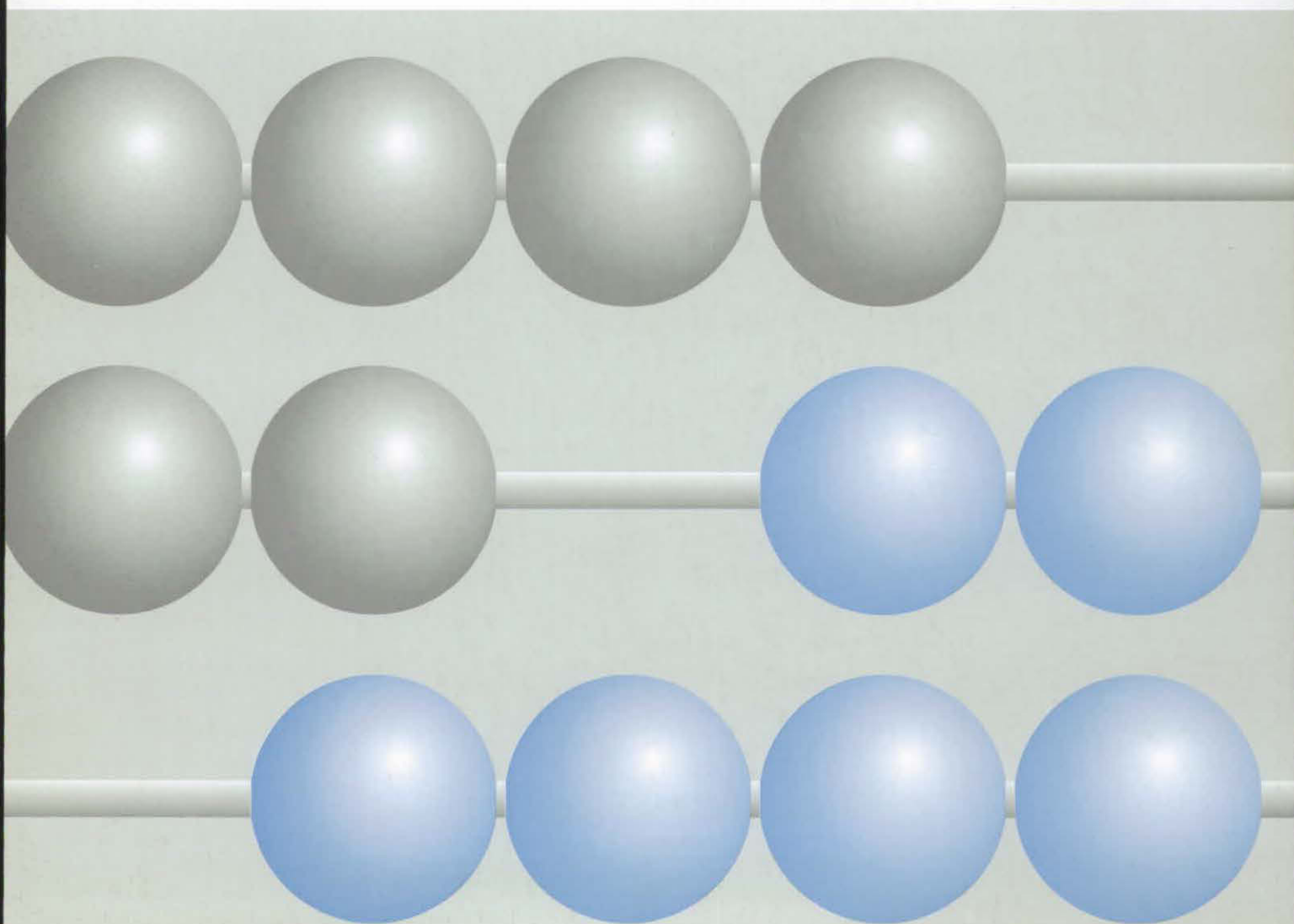


Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



48. Jahrgang, Heft 6, Juni 1996

Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein



Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 1141
24100 Kiel

Telefon (0431) 6895-0
Telefax (0431) 6895 498
T-Online/Btx * 444 50 #

Schriftleitung:
Bernd Struck
App. 286

Vertrieb:
App. 280

Druck:
Schmidt & Klaunig, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 650

Einzelheft DM 4,-
Jahresbezug DM 40,-

Erfüllungsort und
Gerichtsstand Kiel

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

ISSN 0947-7373

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

48. Jahrgang • Heft 6

Juni 1996

Inhalt	
• Kurz gefaßt	118
• Aufsatz	
Diagnosestatistik: Hängt die Aufenthaltsdauer der Patienten auch von der Art der Krankenhäuser ab?	120
In einer Art Werkstattbericht werden Vorgehensweise und Ergebnis einer Analyse präsentiert, die unter Verwendung des Datenmaterials über Krankenhauspatienten der Frage nachgeht, ob sich – bei ausgewählten Krankheiten – die Bettenbelegungszeiten je nach der Art des Krankenhauses signifikant unterscheiden. Als Diagnosen oder Krankheiten wurden Diabetes, Grauer Star und Leistenbruch ausgewählt, die Krankenhäuser werden nach öffentlich, privat oder freigemeinnützig unterschieden.	
• Kurzbeiträge	
Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 24. März 1996 in den Wahlkreisen des Hamburger Umlands	128
Über die Ergebnisse der Landtagswahl in Schleswig-Holstein wird ausführlich im nächsten Heft dieser Zeitschrift berichtet. Der folgende Beitrag entstand vorab. Er beleuchtet die Ergebnisse in einer wichtigen Teilregion des Landes.	
2,1 Mrd. DM Sozialhilfe 1994	132
Die Bruttoausgaben für Sozialhilfe in Schleswig-Holstein werden in der Gliederung nach der Hilfeart geboten.	
Zahl der Schwerbehinderten kontinuierlich gestiegen	133
Es werden die Zahlen zum Jahresende 1995 geboten. Sie werden nach der Bevölkerungsgruppe (Männer, Frauen, Deutsche, Ausländer) und nach der Art der Behinderung differenziert.	
Tuberkulose 1995	134
Der Kurzbericht informiert knapp über die Neuerkrankungen des Jahres 1995 in ihrer Verteilung nach dem Geschlecht, nach dem Alter und nach dem Wohnort (Kreis) der Patienten.	
• Entwicklung im Bild	135
• Beilage	
Zahlenbeilage	

Ehescheidungen 1995: 8 % mehr Ehen geschieden, 12 % mehr Kinder betroffen

Im Jahre 1995 wurden in Schleswig-Holstein 6 679 Ehescheidungen rechtskräftig, dies waren 483 oder 8 % mehr als im Jahr zuvor.

1 926 (29 %) der Verfahren wurden vom Ehemann, 3 732 (56 %) von der Ehefrau und 1 021 (15 %) von beiden Ehepartnern beantragt.

Am häufigsten wurden Ehen aus dem Jahre 1989 geschieden (493), gefolgt von den Ehen aus den Jahren 1990 (483) und 1988 (464).

Bei 3 579 (54 %) der Scheidungen waren auch Kinder betroffen; 1994 war dies nur bei 52 % der Ehescheidungen der Fall gewesen. Die Zahl der betroffenen Kinder stieg von 5 041 im Jahre 1994 auf nunmehr 5 649, was einer Zunahme von 608 (12 %) entspricht.

Steuereinnahmen des Landes um 7 Mill. DM angestiegen

Im 1. Vierteljahr 1996 sind in Schleswig-Holstein 4,5 Mrd. DM aus Bundes- und Landessteuern vereinbart worden. Das entspricht einem Einnahmerückgang um 149 Mill. DM oder 3,2 % im Vergleich zum 1. Quartal 1995.

Die Steuereinnahmen des Landes – das sind Landessteuern plus Landesanteil an den Gemeinschaftssteuern plus Bundesergänzungszuweisungen plus oder ggf. minus Zahlungen im Länderfinanzausgleich – beliefen sich auf 2 412 Mill. DM gegenüber 2 405 Mill. DM im Vorjahresquartal. Das Landesergebnis konnte sich trotz rückläufiger Einnahmen beim Landesanteil an den Gemeinschaftssteuern um 45 Mill. DM (- 2,2 %) sowie den Bundesergänzungszuweisungen um 14 Mill. DM (- 12,9 %) noch geringfügig um 7 Mill. DM oder 0,3 % verbessern, weil die Einnahmen aus den Landessteuern um 5 Mill. DM (1,7 %) höher ausgefallen sind.

1995 erneut starker Anstieg bei Einbürgerungen

1995 erwarben in Schleswig-Holstein 7 248 Personen durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit, 1 657 (30 %) mehr als 1994.

6 554 (90 %) der Einbürgerungen erfolgten aufgrund eines Anspruchs der Antragsteller, darunter waren 746 erleichterte Einbürgerungen aufgrund der Paragraphen 85 und 86 Absatz 1 des Ausländergesetzes.

694 (10 %) waren Ermessenseinbürgerungen, darunter 291 erleichterte Einbürgerungen aufgrund Paragraph 86 Absatz 2 des Ausländergesetzes. Gegenüber dem Vorjahr nahmen die erleichterten Einbürgerungen nach dem Ausländergesetz um 189 (22 %) zu.

3 754 der neuen Staatsbürger waren Frauen, 3 494 Männer. 1 899 Personen waren unter 15 Jahre alt, 4 994 von 15 bis unter 65 Jahre alt, und 355 Personen waren 65 Jahre und älter.

49 % der Einbürgerungen erfolgten aus einer europäischen Staatsbürgerschaft heraus. Darunter waren 1 960 mit russischer, 657 mit türkischer und 454 mit polnischer Staatsangehörigkeit. Ferner wurden 3 385 asiatische, 125 afrikanische und 28 amerikanische Staatsbürger eingebürgert, 103 Personen waren vorher staatenlos.

Unveränderte Beschäftigtenzahl in der Verwaltung des Landes 1995

Am 30.06.1995 waren im unmittelbaren Landesdienst in Schleswig-Holstein insgesamt 72 814 Personen (darunter 34 430 Frauen) beschäftigt. Das waren 464 Personen oder 0,6 % mehr als 1994.

Während in der Landesverwaltung mit 60 855 Personen die Beschäftigtenzahl um vier Personen niedriger ausfiel, erhöhte sie sich im Krankenhausbereich um 480 Personen oder 4,3 % auf 11 521 Personen.

Die rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen (Forstämter) verringerten ihr Personal um 12 Personen (- 2,7 %) auf 438 Beschäftigte. Am 30.06.1995 wurden 468 oder 1,4 % mehr Frauen beim Land beschäftigt als ein Jahr zuvor.

Schulden des Landes stiegen auf 26,4 Mrd. DM an

Am 31.12.1995 beliefen sich die Schulden des Landes Schleswig-Holstein auf 26 367 Mill. DM und überstiegen damit das Ergebnis des Vorjahres um 1 601 Mill. DM oder 6,5 %. Auf jeden Einwohner des Landes entfielen 9 709 DM Schulden anstelle von 9 175 DM im vorherigen Jahr.

Die Gemeinden, Kreise und Ämter waren zum gleichen Stichtag mit 4 884 Mill. DM verschuldet, das sind 238 Mill. DM oder 5,1 % mehr als im Jahr 1994. Von den 1 129 schleswig-holsteinischen Gemeinden blieben 274 schuldenfrei. Pro Kopf erhöhten sich die kommunalen Schulden 1995 um 78 DM auf 1 799 DM.

Kleinster Schweinebestand seit 35 Jahren

Am 3. April 1996 wurden in Schleswig-Holstein 1,24 Mill. Schweine gehalten, darunter waren 364 000 Ferkel, 759 000 Jung- und Mastschweine und 117 000 Zuchtsauen. Damit verringerte sich die Gesamtzahl der Schweine in Jahresfrist um 7 % und erreichte den niedrigsten Aprilbestand seit 1960.

Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich der anhaltende Rückgang des Schweinebestandes deutlich beschleunigt. Mit dem Ausscheiden zahlreicher kleinerer Halter aus der Schweineproduktion ging keine Aufstockung der verbleibenden Bestände einher.

Weiterhin rückläufig (- 6 %) war auch der Bestand an Zuchtsauen, darunter besonders die Zahl der Jungsaunen (- 8 %). Stark verringerte sich auch die Zahl der Ferkel (- 8 %) und die der Jungschweine (- 7 %), demgegenüber war der Bestand an Mastschweinen um 5 % kleiner als im Vorjahr.

Weiterhin Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe

Die Betriebe des schleswig-holsteinischen Verarbeitenden Gewerbes meldeten im März 1996 einen Beschäftigtenstand von 147 800 Personen. Das waren fast 6 000 Personen oder 3,9 % weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Auch im Durchschnitt der ersten drei Monate des Jahres 1996 ergab sich ein Minus von 5 400 Arbeitsplätzen bzw. 3,5 %.

Aufgrund stark rückläufiger Auslandsumsätze (- 12,5 %) war auch die Absatzseite im 1. Quartal 1996 von Rückgängen in Höhe von 3,4 % gekennzeichnet. Die Verkäufe an inländische Kunden stagnierten dagegen mit knapp 8,6 Mrd. DM annähernd auf dem Niveau des 1. Quartals 1995.

Die Auftragseingänge der ersten drei Monate lagen um 1,0 % unter dem Wert des Vergleichszeitraums, wobei sich sowohl Inlands- als auch Auslandsorders in ähnlicher Höhe rückläufig entwickelten.

Mehr als ein Fünftel weniger Baugenehmigungen

In den ersten drei Monaten des Jahres 1996 genehmigten die Baubehörden in Schleswig-Holstein den Bau von 4 700 Wohnungen, das sind 22 % weniger als im Vergleichszeitraum des Jahres 1995. Die Entwicklung ist sehr stark geprägt durch weniger Genehmigungen für den Bau von Mehrfamilienhäusern. Im ersten Vierteljahr 1996 wurde der Bau von 2 000 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern freigegeben, über ein Drittel weniger als im ersten Vierteljahr 1995.

Die Zahl der geplanten Wohnungen in Eigenheimen ist mit 2 100 lediglich um 2,4 % niedriger. Die Zahl der Wohnungen, die im Nichtwohnbau sowie im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden entstehen sollen, ist von 900 auf 600 zurückgegangen.

Wohnungsbestand deutlich erhöht

Ende 1995 gab es in Schleswig-Holstein über 641 000 Wohngebäude mit zusammen 1,20 Mill. Wohnungen. Einschließlich der 29 000 Wohnungen in Nichtwohngebäuden ergibt sich ein Gesamtbestand von 1,23 Mill. Wohnungen oder 1,9 % mehr als Ende 1994.

Der Bestand an Wohngebäuden setzte sich aus 478 000 Einfamilien-, 84 000 Zweifamilien- und 79 000 Mehrfamilienhäusern zusammen. In den Mehrfamilienhäusern befanden sich rund 555 000 Wohnungen.

Diagnosestatistik: Hängt die Aufenthaltsdauer der Patienten auch von der Art des Krankenhauses ab?

Die neue Diagnosestatistik

Innerhalb der Krankenhausstatistik wird seit dem Berichtsjahr 1993 eine Diagnosestatistik als amtliche Bundesstatistik erstellt. Rechtsgrundlage ist die Krankenhausstatistik-Verordnung vom 10.04.1991 in Verbindung mit § 28 Abs. 2 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.04.1991.

In Schleswig-Holstein löst die Diagnosestatistik eine ähnliche Statistik ab, die auf Anordnung des Sozialministeriums mit freiwilliger Teilnahme der Krankenhäuser seit 1968 durchgeführt worden war. In den anderen Bundesländern wurde eine Diagnosestatistik 1993 erstmalig erstellt.

Zu der Diagnosestatistik übermitteln die Krankenhäuser dem Statistischen Landesamt für jeden stationär behandelten Patienten einen anonymen Datensatz. Der Datensatz enthält Angaben zum Geschlecht und zum Alter des Patienten, das Zu- und Abgangsdatum im Krankenhaus, seine Diagnose, die Fachabteilung mit der längsten Verweildauer, den Wohnort des Patienten sowie Angaben, ob operiert wurde und ob der Patient gestorben ist.

Es gibt zwei wesentliche Unterschiede zur alten freiwilligen Diagnosestatistik in Schleswig-Holstein: Zum einen melden jetzt alle Krankenhäuser zur Statistik, die damit eine Totalerhebung ist. Zum anderen wird jetzt der Wohnort des Patienten mit er-

hoben, so daß sowohl Einzugsgebiete von Krankenhäusern als auch regionale Verteilungen von bestimmten Erkrankungen festgestellt werden können.

Die Krankenhäuser, die nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gefördert werden, müssen nach der Bundespflegegesetz-Verordnung (BPfIV) zur Vorbereitung der Pflegegesetzverhandlungen schon seit 1986 eine Diagnosenstatistik erstellen. Bei dieser Diagnosenstatistik nach BPfIV handelt es sich jedoch um eine Meldung auf Sammelbelegen, die keine einzelnen Datensätze enthält. Sie wird auf der Ebene der Fachabteilungen und auf der Ebene des gesamten Krankenhauses durchgeführt.

Im Unterschied zur Diagnosestatistik der amtlichen Statistik enthält sie keine Angaben zum Geschlecht, keine zum Wohnort des Patienten und keine Angaben zu Todesfällen. Das Alter der Patienten wird in 6 Altersgruppen erfaßt. Zur Berechnung der Verweildauer wird zwar vom Krankenhaus das Zugangs- und das Abgangsdatum je Patient erfaßt, weitergemeldet werden alle Angaben jedoch nur auf Sammelbelegen. Das schränkt die Möglichkeiten der Auswertung dieser Statistik ein.

Für die Krankenhäuser, die die Diagnosenstatistik nach BPfIV erstellen müssen, bedeutet die Diagnosestatistik der amtlichen Krankenhausstatistik lediglich eine Erweiterung ihres bisherigen Erfassungssystems und eine andere Form der Datenweitergabe (als anonymen Einzeldatensatz).

Reformen im Gesundheitswesen mit dem Ziel, die sogenannte Kostenexplosion zu dämpfen, werden seit einigen Jahren debattiert. 1993 trat das Gesundheitsstrukturgesetz, welches das Krankenhauswesen in Teilen umgestaltete, als zweite Stufe der Gesundheitsreform in Kraft. Eine dritte Stufe soll folgen. Genauer: Die Regierung plant zum 01.01.1997 eine Neuordnung der Krankenhausfinanzierung. Ein Gesetzentwurf liegt vor. Kernpunkt ist die Einführung einer landesweiten Gesamtvergütung für Krankenhausleistungen, die von den Vertragspartnern auf Landesebene vereinbart wird.¹ Die Krankenhausleistun-

gen sollen dabei auf der Grundlage eines neuen Entgeltsystems vergütet werden. Eins der erklärten Ziele, die Minister Seehofer mit diesem Reformelement verfolgt, ist die Verkürzung der sogenannten Verweildauer², d. h. die Verringerung der Zahl der Pflage tage, die ein Patient durchschnittlich im Krankenhaus verbringt.

¹ Horst Seehofer im Zeitgespräch zu strukturellen Reformen im Gesundheitsbereich, in: Wirtschaftsdienst, II/1996, S. 60

² Die Verweildauer wird definiert als durchschnittliche Anzahl der Pflage tage. Sie kann für unterschiedliche Kollektive von Patienten (je Krankenhaus, je Region, je Diagnose) berechnet werden. So ist z. B. die Verweildauer einer bestimmten Diagnose der Quotient aus der Summe aller Pflage tage dieser Diagnose und der Anzahl der Patienten, die wegen dieser Diagnose behandelt wurden.

Die Entwicklung der Verweildauer bestimmt neben anderem auch den Spielraum zum Abbau von Betten: Ist sie kürzer, benötigt man für die gleiche Zahl von Patienten weniger Betten. Entsprechend sind auch die Krankenkassen interessiert an einer Reduzierung der Verweildauer. In Schleswig-Holstein forderten sie im Herbst 1995, daß ab Januar 1996 von rund 14 000 Betten im Land 1 000 eingespart werden sollten. Längerfristig halten sie gar eine Reduktion der Krankenhausbetten um die Hälfte für geboten. Wie vom Ministerium für Arbeit, Jugend, Soziales und Gesundheit zu erfahren war, einigte man sich schließlich auf einen Abbau von vorerst 739 Betten im Jahr 1996. Der größte Teil des Abbaus wurde zum Jahresbeginn realisiert.

Das Gesundheitsstrukturgesetz von 1992 hat die Möglichkeiten der Krankenhäuser verbessert, durch ambulantes Operieren sowie durch vor- und nachstationäre Behandlung stationäre Aufnahmen zu vermeiden oder die Verweildauer zu verkürzen. Tatsächlich sinkt jedoch nicht erst seit 1992 die durchschnittliche Zahl der im Krankenhaus verbrachten Pflage tage. Zu fragen bleibt dennoch, ob die bestehenden Spielräume zur Reduzierung der Verweildauer voll ausgenutzt werden oder ob ein weiterer Bettenabbau mit einer sinkenden Verweildauer gerechtfertigt werden kann. Mit dem vorliegenden Beitrag wird allerdings nicht beabsichtigt, diese Frage erschöpfend zu beantworten und damit in die Verteilungsdebatte zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern einzugreifen. Dazu wäre eine detaillierte Analyse einzelner Krankenhäuser notwendig, und das ist keinesfalls die Aufgabe der amtlichen Statistik, zumal es über die Diagnosedaten hinaus Hintergrundinformationen geben mag, die ungewöhnliche Verweildauern bei einzelnen Krankenhäusern erklären, aber der Statistikerin oder dem Statistiker verborgen bleiben. Vielmehr geht es hier darum, exemplarisch aufzuzeigen, welche Erkenntnisse grundsätzlich mit der neuen Statistik möglich sind.

Die Analyse basiert auf der ersten Erhebung der Diagnosestatistik für das Jahr 1993. Wegen des experimentellen Charakters der Analyse wurde darauf verzichtet, sie mit den inzwischen vorliegenden Zahlen von 1994 zu aktualisieren. Die Präsentation der Ergebnisse hat selbstverständlich die Regeln der statistischen Geheimhaltung zu beachten. Der Schutz erstreckt sich nicht nur auf die Daten der Patienten, sondern auch auf die des meldenden Krankenhauses. Bei manchen Daten mußte daher auf Veröffentlichung verzichtet oder zumindest der Bezug auf die Trägerart des Krankenhauses bewußt aufgelöst werden.

Die Zahl der Pflage tage eines Patienten im Krankenhaus hängt zunächst sicherlich von der Art und der Schwere seiner Erkrankung ab. Eine Operation wird

vermutlich einen längeren Krankenhausaufenthalt nötig machen, weil ggf. Narben verheilen müssen. Ein höheres Alter des Patienten kann zu einem langsameren Heilungsprozeß führen. Anzunehmen ist, daß der Patient erst dann entlassen wird, wenn er gesund ist oder wenn er zumindest so weit genesen ist, daß er keine Betreuung in einem Krankenhaus mehr nötig hat.

Neben diesen medizinischen Gründen, die die Verweildauer beeinflussen, mögen noch eine Reihe weiterer Einflußgrößen wirksam sein. In Betracht käme etwa der Stand des medizinischen und des medizintechnischen Fortschritts im betreffenden Krankenhaus, der im Ausbildungsniveau und in der Verfügbarkeit bestimmter medizinischer Geräte zum Ausdruck kommt. Auch daß die behandelnden Ärzte den Gesundheitszustand des Patienten natürlich nur subjektiv beurteilen können, trägt dazu bei, daß die Zahl der Pflage tage streut.

Anzumerken bleibt darüber hinaus, daß die Vergütung der Krankenhausleistungen nach dem alten Entgeltsystem, bei dem gegenüber den Krankenkassen nach Pflage tagen abgerechnet wurde, den Krankenhäusern keinen wirtschaftlichen Anreiz bot, die Verweildauer so kurz wie möglich bzw. wie nötig zu halten.

Einen Anhaltspunkt für Spielräume zur Reduktion der Verweildauer liefert der Vergleich von Verweildauern nach Krankenhäusern. Dahinter steht folgende Vermutung: Bei Patienten mit der gleichen Diagnose müßte die Verweildauer annähernd gleich sein, sofern weitere signifikante Einflüsse wie etwa das Alter der Patienten als von Krankenhaus zu Krankenhaus gleich unterstellt werden können. Bei den Krankenhäusern, die mit ihrer Kennzahl nach oben abweichen, könnte dann ein entsprechender Spielraum zur Reduzierung der Verweildauer bestehen. In diesem Aufsatz wird daher gesucht nach signifikant unterschiedlichen Verweildauern bei Krankenhäusern bzw. bei Krankenhausarten für einzelne Diagnosen.

Eine vollständige Untersuchung aller möglichen Diagnosen sprengt aber den Rahmen dieses Aufsatzes. Daher wurden einige wenige Diagnosen ausgewählt. Diese notwendige Beschränkung unterstreicht den oben angeführten exemplarischen Charakter der Analyse. Für sie wird zunächst die Variation der Verweildauer nach dem Alter der Patienten ermittelt und festgestellt, ob die Altersstruktur nach Krankenhäusern so unterschiedlich ist, daß sie analytisch berücksichtigt werden muß.

Nicht nur die Zahl der Diagnosen ist zu hoch, um eine umfassende Analyse im Rahmen dieses Aufsatzes durchzuführen, auch die Zahl der Krankenhäuser übersteigt den handhabbaren Rahmen. Statt einige

Krankenhäuser auszuwählen und damit auf Repräsentativität zu verzichten, wird hier die Bildung von Krankenhausgruppen mit jeweils vergleichbarer Verweildauer beabsichtigt. Eine erste Analyse der Verweildauern einer Diagnose, die nur in wenigen Krankenhäusern behandelt wird – hier die Diagnose Grauer Star –, legt eine Einteilung der Krankenhäuser in Gruppen nach ihrer Trägerschaft nahe. Entsprechend wird untersucht, inwieweit sich die Verweildauern zwischen den Krankenhäusern in privater, in öffentlicher und in freigemeinnütziger Trägerschaft signifikant unterscheiden.

Auswahl der Diagnosen

Zur Auswahl der Diagnosen wurde zunächst ihre Häufigkeit herangezogen. Sie sollten aber auch über das Spektrum der möglichen Anlässe für Krankenhausaufenthalte verteilt sein, also nicht etwa alle dem Bereich der Herz-/Kreislaufkrankungen entstammen.

Als häufigste Einzeldiagnose (hinter normalen Entbindungen) wurde die Diagnose Grauer Star (Katarakt) ausgewählt. 1993 waren in schleswig-holsteinischen Krankenhäusern 10 668 Patienten mit dieser Diagnose behandelt worden. Auch unter dem pragmatischen Gesichtspunkt der Handhabbarkeit war dies eine geeignete Wahl, weil diese Diagnose nur in 14 der 95 berichtenden Krankenhäuser des Landes behandelt wurde und sich daher anbot für die Vorabanalyse zur Gruppenbildung unter den Krankenhäusern.

Zusätzlich wurden die folgenden drei Diagnosen ausgewählt:

- Zuckerkrankheit (Diabetes mellitus) mit 5 246 behandelten Patienten,
- Herzinfarkt (Akuter Myokardinfarkt) mit 4 648 behandelten Patienten,
- Leistenbruch mit 5 868 behandelten Patienten.

Einfluß des Alters der Patienten

Die explizite Berücksichtigung des Alters der Patienten ist nur dann notwendig, wenn sich zum einen die Verweildauer erkennbar mit dem Alter verlängert und zum anderen, wenn das diagnosespezifische mittlere Alter des Patientenkollektivs einiger Krankenhäuser deutlich vom Durchschnitt abweicht. Um einen Eindruck von der Verteilung der mittleren Verweildauer nach dem Alter der Patienten zu vermitteln, wurden 11 Altersgruppen gebildet.

Die Verweildauer verlängert sich mit zunehmendem Alter, am eindeutigsten kommt dies für Zuckerkrankheit und Leistenbruch zum Ausdruck. Die Diagnose

Verweildauer bei ausgewählten Diagnosen in allen schleswig-holsteinischen Krankenhäusern 1993 nach dem Alter¹ der Patienten

– in Tagen –

Altersgruppe	Diagnose (Kurzbezeichnung)			
	Diabetes	Grauer Star	Herzinfarkt	Leistenbruch
von ... bis unter ... Jahre				
0 - 1	9	2	2	5
1 - 5	9	2	-	4
5 - 15	13	3	15	5
15 - 25	10	3	3	8
25 - 35	11	4	11	8
35 - 40	15	4	12	8
40 - 45	13	3	15	9
45 - 55	16	3	16	9
55 - 65	16	3	17	10
65 - 75	18	3	18	11
75 und mehr	17	3	17	13

¹ Die Einteilung der Altersgruppen folgt der des Statistischen Bundesamtes zur Tabellierung der Ergebnisse.

Herzinfarkt trat bei unter 25jährigen nur in Einzelfällen auf. Im Alter ab 25 Jahre verlängert sich aber die Verweildauer durchaus. Auch der Graue Star wurde sehr wenig in den unteren Altersgruppen festgestellt. Eine Altersabhängigkeit der Verweildauer ist nur in den Altersgruppen unter 40 zu beobachten.

Um zu überprüfen, ob die Altersstruktur in einigen Krankenhäusern deutlich vom Durchschnitt abweicht, wurde folgendermaßen vorgegangen: Zunächst wurde das mittlere Alter über alle Krankenhäuser nach Diagnosen berechnet. Es betrug für Diabetes 60 Jahre (9. Altersgruppe), für den Grauen Star 75 (11. Altersgruppe), für Herzinfarkt 68 (10. Altersgruppe) und für Leistenbruch 59 Jahre (9. Altersgruppe). Dann wurde das mittlere Alter für jedes behandelnde Krankenhaus für die vier Diagnosen berechnet. Doch erst, wenn dies um mehr als eine Altersgruppe vom schleswig-holsteinischen Durchschnitt abwich, wurde dies als signifikant angesehen. Ein Beispiel: Wenn das Durchschnittsalter der Diagnose Leistenbruch in einem Krankenhaus in die 7. oder in die 11. Altersgruppe fällt, gilt dies als signifikante Abweichung von der mittleren Altersstruktur aller Leistenbrüche.

Von der durchschnittlichen Altersstruktur wichen so bei Diabetes neun Krankenhäuser ab, davon lagen drei unter dem Landesdurchschnitt. In allen neun Fällen war jedoch die Zahl der Diabetes-Patienten gering. Für den Grauen Star gab es lediglich eine dieser Abweichungen, in dem Krankenhaus wurde aber nur ein Patient mit dieser Diagnose behandelt. Die Alters-

Zahl der Patienten mit Grauem Star, Verweildauer und deren Standardabweichungen in ausgewählten Krankenhäusern Schleswig-Holsteins 1993

Krankenhausnummer	Patienten	Verweildauer in Tagen	Standardabweichung
1	162	3,88	0,66
2	123	3,81	0,63
3	1 096	5,70	2,50
4	1 393	6,02	2,57
5	914	3,16	1,48
6	302	3,97	0,77
7	147	10,02	4,42
8	1 037	3,14	1,39
9	232	9,10	3,92
10	37	6,11	1,81
Insgesamt	5 443	4,94	2,84

struktur der Diagnose Herzinfarkt war homogen, es gab keine Abweichung des mittleren Alters um mehr als eine Altersgruppe. Bei der Diagnose Leistenbruch wurden in 11 von 57 behandelnden Krankenhäusern Abweichungen von der durchschnittlichen Altersstruktur gezählt. Davon beruhten vier Fälle auf weniger als zehn behandelten Patienten. Den anderen sieben Fällen lagen mit einer Ausnahme mehr als 100 Patienten zugrunde. In allen sieben Fällen lag der Altersdurchschnitt in den Krankenhäusern unter dem Landesmittel. In dreien von ihnen wich das mittlere Alter um mehr als eine Altersgruppe nach unten ab. Diese sieben Fälle mit abweichender Altersstruktur und einer hohen Zahl an behandelten Patienten können als Krankenhäuser mit signifikant abweichender Altersstruktur bezeichnet werden. Bei ihnen hat die Altersstruktur mit einem niedrigen Durchschnittsalter dämpfend auf die Verweildauer gewirkt. Ihr Anteil macht jedoch lediglich gut 12 % an den Krankenhäusern, die Leistenbrüche behandelt haben, aus.

Da für die anderen Diagnosen keine deutlich abweichenden Altersstrukturen, die auf einer ausreichenden Zahl an Patienten beruhen, festgestellt wurden, wird auf die explizite Berücksichtigung verschiedener Altersgruppen verzichtet.

Gruppenbildung unter den Krankenhäusern nach der Verweildauer bei der Behandlung des Grauen Stars

Der Graue Star wird nur in 14 Krankenhäusern des Landes behandelt. Um die Analyse nicht durch einen Spezialfall zu verzerren, wurde die einzige selbständige Augenklinik des Landes ausgeklammert. Die zu vermutende besondere Behandlungsart enthebt diese Klinik dem Vergleich mit den sonstigen Krankenhäusern des Landes. Aus Geheimhaltungsgründen fehlen in der Analyse weiter einige Krankenhäuser, die 1993 nur sehr wenige Patienten mit Grauem Star behandelten. Für den Vergleich bleiben zehn Krankenhäuser übrig, in denen 5 443 Patienten behandelt wurden.

Der erste Blick offenbart bereits verhältnismäßig große Unterschiede zwischen den Krankenhäusern, und zwar nicht nur hinsichtlich der Verweildauer der Patienten, sondern auch hinsichtlich der Streuung der Verweildauern, die in der Standardabweichung zum Ausdruck kommt. Daß die Hypothese einer einheitlichen Verweildauer für alle Krankenhäuser, die den Grauen Star behandelt haben, verworfen werden muß, ist anhand der Übersicht leicht nachzuvollziehen. Es stellte sich jedoch die Frage, ob wenigstens einige Untergruppen identifiziert werden können, für die die Hypothese gleicher Verweildauer bestätigt wird.

Ein formaler statistischer Test (siehe Exkurs) liefert das Ergebnis, daß die Hypothese gleicher Verweildauern bei der Diagnose Grauer Star für die Krankenhauspaare

- 1 und 2
 - 5 und 8
 - 4 und 10
 - 1 und 6
 - 3 und 10
 - 7 und 9 (mit Einschränkungen)
- nicht verworfen wird.

Nach ähnlichen Verweildauern lassen sich vier Gruppen bilden:

Verweildauer in Tagen	Krankenhausnummern	Trägerarten
3,15	5 und 8	je einmal privat und einmal freigemeinnützig
3,9	1, 2 und 6	einmal privat, zweimal freigemeinnützig
6	3, 4 und 10	dreimal öffentlich
10	7 und 9	einmal öffentlich, einmal privat

Das Merkmal „Trägerart“ offenbart, daß freigemeinnützige Träger nur in den beiden Gruppen mit einer Verweildauer unter vier Tagen zu finden sind. Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft behandelten Patienten mit der Diagnose Grauer Star im Schnitt mindestens sechs Tage. Krankenhäuser privater Träger finden sich in drei von vier Gruppen.

Da diese Analyse nur auf dem Vergleich von zehn Krankenhäusern basiert, reichen die Ergebnisse nicht, um verallgemeinerbare Schlußfolgerungen zu

ziehen. Sie stützen aber die Vermutung, daß die Verweildauer in Krankenhäusern auch nach Trägergruppen unterschiedlich sein kann.

Unterschiede in der Verweildauer bei weiteren ausgewählten Diagnosen

Die Streuung der Verweildauern wird deutlich, wenn in Stabdiagrammen die Verweildauern für die oben ausgewählten Diagnosen (außer der bereits dargestellten Diagnose Grauer Star) verglichen werden. In dieser Grafik entspricht ein Stab einem Krankenhaus. Seine Höhe zeigt die Verweildauer der Patienten an. Die Krankenhäuser sind nach der Anzahl der Patienten angeordnet. Es wurden Krankenhäuser ausgeschlossen, bei denen eine sehr lange durchschnittliche Verweildauer aus einer sehr geringen Patientenzahl berechnet worden war.

Bei allen drei Diagnosen zeigt sich eine erhebliche Spannweite zwischen den Verweildauern der Krankenhäuser. Werden die Krankenhäuser zu Trägergruppen zusammengefaßt, so reduzieren sich die Differenzen.

Zwischen den Trägerarten gibt es zwar sichtbare Unterschiede in der Verweildauer; jedoch weisen Krankenhäuser eines öffentlichen Trägers nur für Katarakt-Patienten die höchste durchschnittliche Zahl der Pflage tage auf, bei Herzinfarkt und Leistenbrüchen

Verweildauer für ausgewählte Diagnosen nach der Trägerart in Schleswig-Holstein 1993 in Tagen

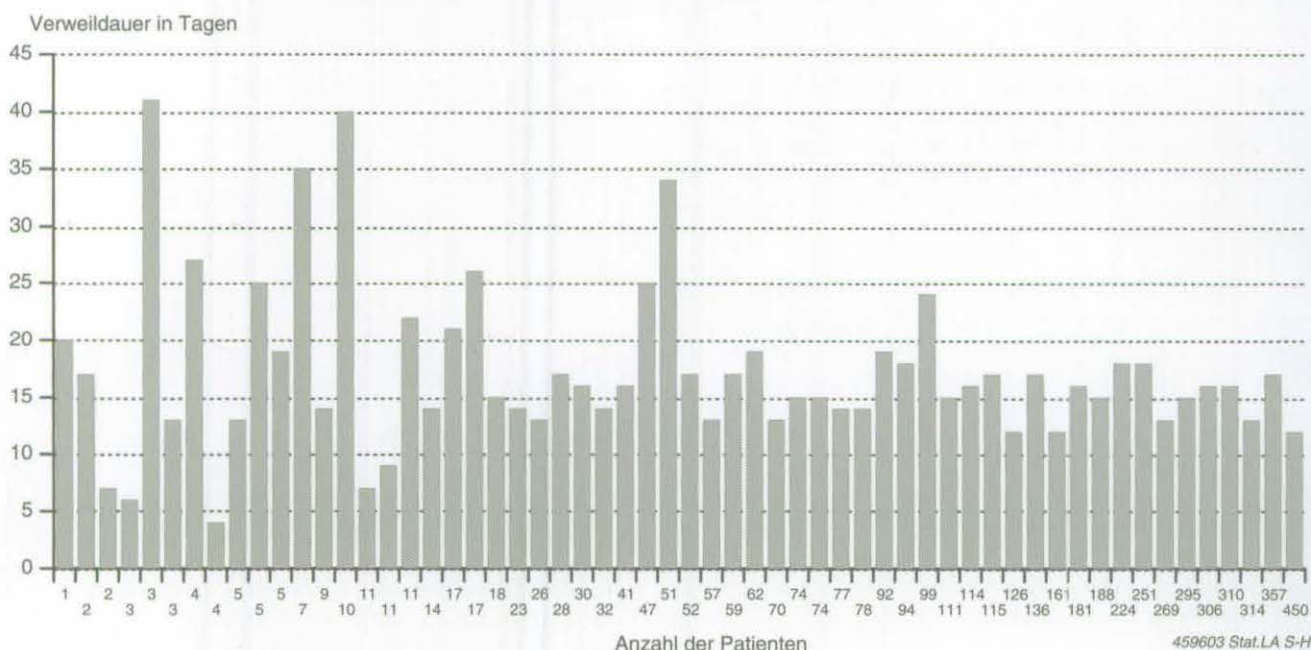
Diagnose	Trägerart		
	öffentlich	freigemeinnützig	privat
Diabetes	15,6	17,9	15,2
Grauer Star	5,9	3,3	4,2
Herzinfarkt	16,9	16,9	17,9
Leistenbruch	8,5	9,7	10,1

Angaben ohne die einzige selbständige Augenklinik

sind es die Krankenhäuser der privaten Träger. Patienten mit Diabetes liegen dagegen in privat getragenen Krankenhäusern kürzere Zeit als in anderen.

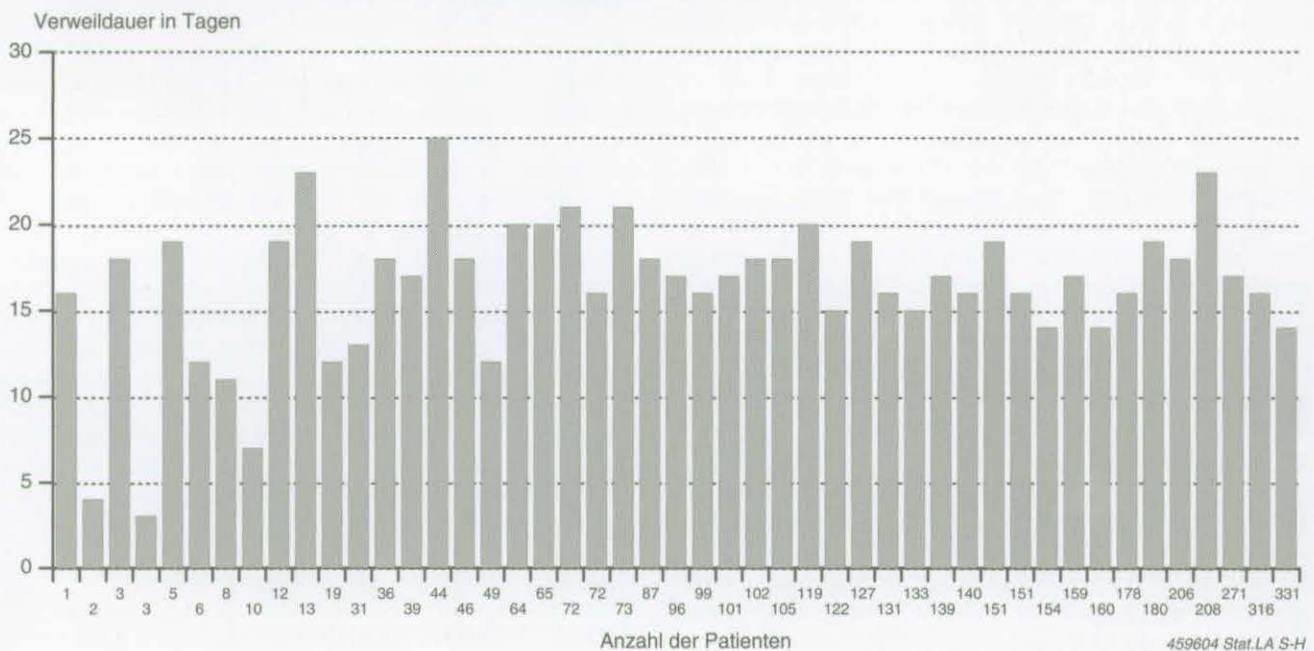
Der formale Hypothesentest auf Unterschiede in den Verweildauern nach Trägergruppen, der im Exkurs dargestellt ist, lieferte folgendes Ergebnis: Bei Herzinfarkt-Patienten unterscheiden sich die Verweildauern nach der Trägerart kaum. Bei Patienten mit den Diagnosen Diabetes, Grauer Star und Leistenbruch gibt es zwar signifikante, aber nicht gleichgerichtete Unterschiede. Man kann also nicht sagen, daß die Liegezeiten bei den öffentlichen, bei den freigemeinnützigen und bei den privaten Trägern generell in einer bestimmten Relation zueinander stünden.

Verweildauer von Patienten mit der Diagnose Zuckerkrankheit in den Krankenhäuserndes Landes Schleswig-Holstein 1993

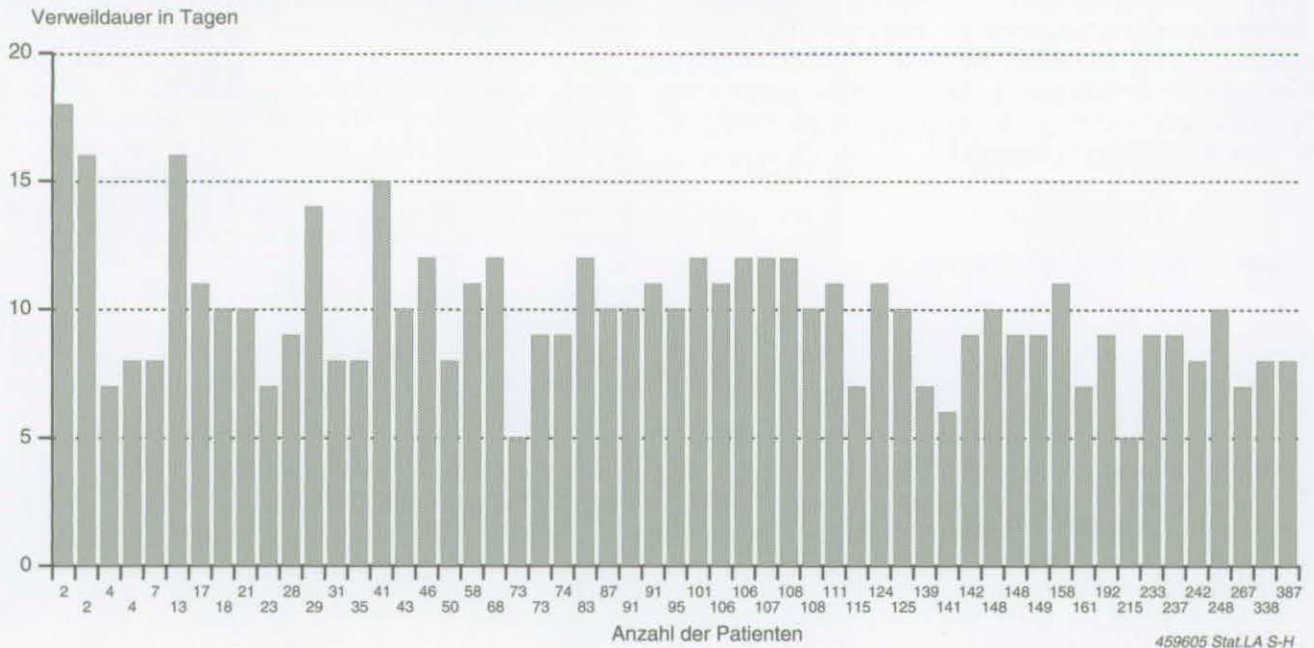


459603 Stat.LA S-H

**Verweildauer von Patienten mit der Diagnose Herzinfarkt
in den Krankenhäusern des Landes Schleswig-Holstein 1993**



**Verweildauer von Patienten mit der Diagnose Leistenbruch
in den Krankenhäusern des Landes Schleswig-Holstein 1993**



Fazit

Die Analyse der Daten von 1993 hat gezeigt, daß es Differenzen in den Verweildauern der Krankenhäuser gibt. Damit scheint noch Spielraum – zumindest bei den untersuchten Diagnosen – zur weiteren Reduzie-

rung der Verweildauern vorhanden zu sein. Das Alter der Patienten hat die durchschnittliche Verweildauer des Krankenhauses kaum beeinflußt, nur im Fall von Leistenbrüchen kommen einige Krankenhäuser wegen jüngerer Patienten auf eine niedrigere Verweildauer.

Zwischen den Trägerarten lassen sich Unterschiede der Verweildauer feststellen. Am ausgeprägtesten waren diese in der Behandlung des Grauen Stars, bei der die öffentlich getragenen Krankenhäuser mit der längsten mittleren Verweildauer – ökonomisch gesehen – am schlechtesten abschnitten. Dieser Eindruck wurde korrigiert durch die Analyse der weiteren ausgewählten Diagnosen, die für die Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft ein günstigeres Bild ergab. Die Ergebnisse für die ausgewählten Diagnosen lassen jedenfalls nicht den Schluß zu, daß es einen je nach Art des Trägers unterschiedlichen Spielraum zur Reduzierung von Verweildauern gäbe.

Exkurs

In diesem Aufsatz wird untersucht, ob sich die Verweildauern von Patienten, die wegen der gleichen Diagnose in einzelnen Krankenhäuser oder Krankenhausgruppen behandelt wurden, signifikant unterscheiden. Erst die Berechnung über viele Jahre könnte eine beobachtete „wahre“ Verweildauer eines Krankenhauses ergeben, sofern innerhalb des Beobachtungszeitraums alle wichtigen Einflußgrößen der Verweildauer gleich geblieben wären. Für diese Analyse standen jedoch nur Daten des Erhebungsjahres 1993 zur Verfügung. Deshalb muß die fehlende Beobachtung durch theoretische Überlegungen gestützt werden. Dafür stehen aus den üblichen Ergebnistabellen keine hinreichenden Auswertungen des Datenmaterials zur Verfügung. Daher wurde diese Untersuchung in Form einer Sonderauswertung der Diagnosestatistik durchgeführt.

Ableitung der Hypothese

Das Ziel der Analyse impliziert die Frage nach der Bewertung der beobachteten Unterschiede. Wie groß dürfen sie sein, um noch als zufällig angesehen werden zu können?

Dazu kann man sich vorstellen, die Patienten mit der Diagnose x, die im Krankenhaus y behandelt werden, seien eine Stichprobe aus der Grundgesamtheit aller Patienten mit der Krankheit x. Im nächsten Jahr erkranken andere Menschen mit der Diagnose x. Soweit sie sich als Patienten ins Krankenhaus y begeben, bilden sie eine andere, neue Stichprobe. Die Verweildauer ist dann eine Zufallsvariable, die in verschiedenen Jahren unterschiedliche Ausprägungen annimmt. Mehr noch, sie ist eine Funktion aus anderen Zufallsvariablen (allgemeiner Gesundheitszustand, Alter der Patienten, Vorerkrankungen, Risikofaktoren ...). Daß sich mittel- und langfristig das mittlere Patientenalter erhöht, gleichzeitig aber die Me-

dizin und deren Apparatechnik weiterentwickeln und damit auf die Verweildauer einwirken, sei hier einmal ausgeblendet.

Die oben gestellte Frage kann jetzt so formuliert werden: Entstammen die Patienten, für die Unterschiede in den Verweildauern nach Krankenhäusern beobachtet werden, der gleichen Grundgesamtheit, oder gibt es einen signifikanten Unterschied zwischen den Verweildauern, der auf verschiedene Grundgesamtheiten schließen läßt? Wie groß ist also die Wahrscheinlichkeit, daß Verweildauern für Krankenhäuser in der Stichprobe beobachtet werden, die so unterschiedlich wie die aus der Diagnosestatistik von 1993 sind, wenn tatsächlich der Erwartungswert der Verweildauer in der Grundgesamtheit für alle Krankenhäuser gleich ist? Wenn sie geringer als das geforderte Signifikanzniveau (meist 5 %) ist, wird die Nullhypothese „Keine Differenzen in der Verweildauer zwischen Krankenhäuser von verschiedenen Trägerarten“ verworfen.

Gruppenbildung unter den Krankenhäusern

Da die Grundgesamtheit der Patienten nicht beobachtet werden kann, muß die Hypothese gleicher Erwartungswerte für die Krankenhäuser in der Grundgesamtheit unter Bezugnahme auf die beobachteten Verweildauern getestet werden. Da die Verweildauer nichts anderes ist als die mittlere Zahl der Pflgetage, die Patienten dieser Diagnose in diesem Krankenhaus verbracht haben, handelt es sich bei dem Test der Hypothese um einen Test auf Mittelwertunterschiede. Ein Verfahren, das für so einen Test geeignet sein könnte, ist die Varianzanalyse.

Um dieses Verfahren anwenden zu können, müssen die Grundgesamtheiten gleiche oder zumindest annähernd gleiche Varianzen haben. Dies muß jedoch aufgrund der beobachteten Verweildauern verworfen

Ergebnisse der t-Tests für die Krankenhausgruppen

Testpaare, lfd. Nr. der Krankenhäuser	Wert der Teststatistik	beobachtetes Signifikanzniveau
1 und 2	0,90	0,37
5 und 8	0,24	0,81
4 und 10	- 0,27	0,79
1 und 6	- 1,23	0,22
3 und 10	1,32	0,19
7 und 9	2,07	0,04

Ergebnisse der t-Tests zur Ermittlung von Mittelwertunterschieden zwischen Trägergruppen

Diagnose	Testpaare der Trägerarten					
	öffentlich u. freigemeinnützig		öffentlich u. privat		privat und freigemeinnützig	
	t-Wert	Signifik.niv.	t-Wert	Signifik.niv.	t-Wert	Signifik.niv.
Diabetes	- 3,35	0,001	0,73	0,466	3,43	0,001
Grauer Star	40,00	0	16,52	0	- 9,47	0
Herzinfarkt	0,01	0,99	- 2,03	0,043	- 1,78	0,075
Leistenbruch	- 7,16	0	- 8,96	0	- 2,36	0,018

Die Augenklinik wurde nicht einbezogen in die Analyse. Wenn sie berücksichtigt wird, erhöhen sich die t-Werte, das Signifikanzniveau ändert sich dadurch nicht.

werden; es konnte auch keine Transformation der Daten ermittelt werden, die zur Gültigkeit der Voraussetzung führte.

Eine andere, etwas umständlichere, Möglichkeit zum Testen von Mittelwertunterschieden ist die Verwendung mehrerer t-Tests. Ein t-Test hat den Nachteil, daß nur jeweils zwei Stichproben gleichzeitig getestet werden können. Er setzt also eine Auswahl der Krankenhäuser oder eine Gruppenbildung voraus.

In der ersten Runde wurde für die Diagnose Grauer Star jeweils die Hypothese getestet, daß die Verweildauer für ein Krankenhaus gleich ist mit der Verweildauer für die Gruppe aller anderen Krankenhäuser. Für diese Tests konnte keimale ein ausreichendes Signifikanzniveau beobachtet werden. Die Hypothese wurde deshalb verworfen.

In der zweiten Runde wurden wiederum für die Diagnose Grauer Star paarweise einzelne Krankenhäuser mit dem gleichen Test untersucht. Ausgewählt wurden jeweils die Krankenhäuser, deren Verweildauer und Standardabweichung am nächsten beieinanderlag.

Als Teststatistik wird die standardisierte Normalvariable der Differenz der beobachteten Verweildauern verwendet. Obwohl die Verteilung der Zufallsvariable Verweildauer nicht normalverteilt ist, ist dieses Vorgehen möglich, da die Verteilung der Prüfgröße bei hinreichend großem Stichprobenumfang gegen die Normalverteilung strebt.

Das beobachtete Signifikanzniveau ist die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Normalvariable größer

als die Teststatistik ist. In der Tabelle sind die getesteten Fälle von Krankenhauskombinationen aufgeführt, bei denen die Nullhypothese gleicher Mittelwerte bei einem zweiseitigen Test mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $\alpha=0,05$ nicht verworfen wurde.

Eine Ausnahme bildet der letzte aufgeführte Fall. Das Signifikanzniveau ist so niedrig, daß die Nullhypothese bei einem 0,05-Niveau verworfen wird. Liegt das geforderte Signifikanzniveau bei 0,01, so wird auch in diesem Fall die Nullhypothese angenommen.

Test auf Mittelwertunterschiede zwischen Trägergruppen bei den ausgewählten Diagnosen

Der gleiche formale Test wurde auch für die Trägergruppen nach Diagnosen durchgeführt. Getestet wurde jeweils die Hypothese, daß die Verweildauer einer Trägergruppe gleich ist zur Verweildauer einer anderen Trägergruppe.

Die Tests, die nicht eine Ablehnung der Nullhypothese bewirkten, sind fett dargestellt. Bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 1 % (statt 5 %) führt auch der Test auf gleiche Verweildauern bei Herzinfarktpatienten in Krankenhäusern öffentlicher und freigemeinnütziger Träger zu einer Annahme der Nullhypothese.

Im Ergebnis wurde also festgestellt, daß bei den Diagnosen Diabetes, Grauer Star und Leistenbruch mit einer Ausnahme die Verweildauern nach Trägergruppen ungleich sind. Im Unterschied dazu lagen Herzinfarktpatienten gleich lang im Krankenhaus, egal in welcher Trägerschaft das Krankenhaus geführt wird.

Dr. Anke Saebetzki

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 24. März 1996 in den Wahlkreisen des Hamburger Umlands

Über die Ergebnisse der Landtagswahl in Schleswig-Holstein wird ausführlich im nächsten Heft dieser Zeitschrift berichtet. Der folgende Beitrag entstand vorab. Er beleuchtet die Ergebnisse in einer wichtigen Teilregion des Landes und ist bereits im April-Heft der Monatsschrift „Hamburg in Zahlen“ erschienen. Die Grafik wurde mit freundlicher Genehmigung von dort übernommen.

Drei von zehn Wahlberechtigten in den Hamburger Umlandwahlkreisen

Zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 24. März 1996 waren in den 13 Landtagswahlkreisen des Hamburger Umlandes 654 000 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner wahlberechtigt, knapp 18 000 (2,8 Prozent) mehr als zur Landtagswahl 1992. Die Zunahme der Wahlberechtigten in diesen Wahlkreisen war überdurchschnittlich, denn landesweit erhöhte sich ihre Zahl lediglich um gut 21 000 (1,0 Prozent) von 2,091 auf 2,113 Millionen. Gut vier Fünftel des landesweiten Zuwachses entfielen

also auf die Umlandwahlkreise, womit sich der Anteil der Wahlberechtigten dieser Wahlkreise insgesamt am Land von 30,4 Prozent im Jahre 1992 auf 30,9 Prozent bei dieser Wahl erhöhte.

Weit überdurchschnittlich wuchs die Zahl der Wahlberechtigten im Wahlkreis 32 Segeberg-West (plus 9,1 Prozent) gefolgt von 33 Segeberg-Mitte (plus 5,6 Prozent) und 36 Stormarn (plus 4,8 Prozent), worin sich der Schwerpunkt der Bevölkerungsentwicklung im nördlichen Hamburger Umland der letzten Jahre widerspiegelt.

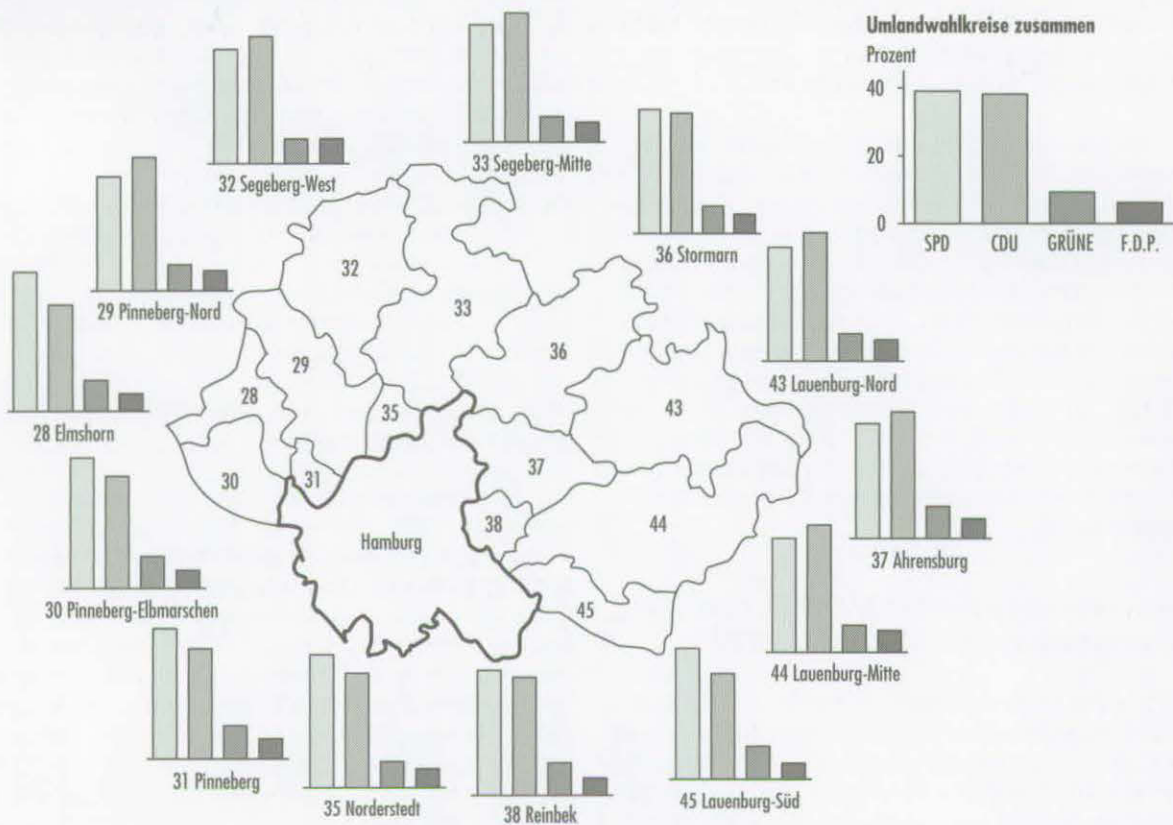
Wahlbeteiligung 1996 durchschnittlich, jedoch geringer als 1992

469 000 (71,8 Prozent) der Wahlberechtigten der Umlandwahlkreise gingen an die Urne oder gaben ihre Stimme mittels Briefwahl ab. Die Wahlbeteiligung entspricht genau dem Landesdurchschnitt, gegenüber der Landtagswahl 1992 verringerte sie sich jedoch um 0,5 Prozentpunkte. Im Landesvergleich nah-

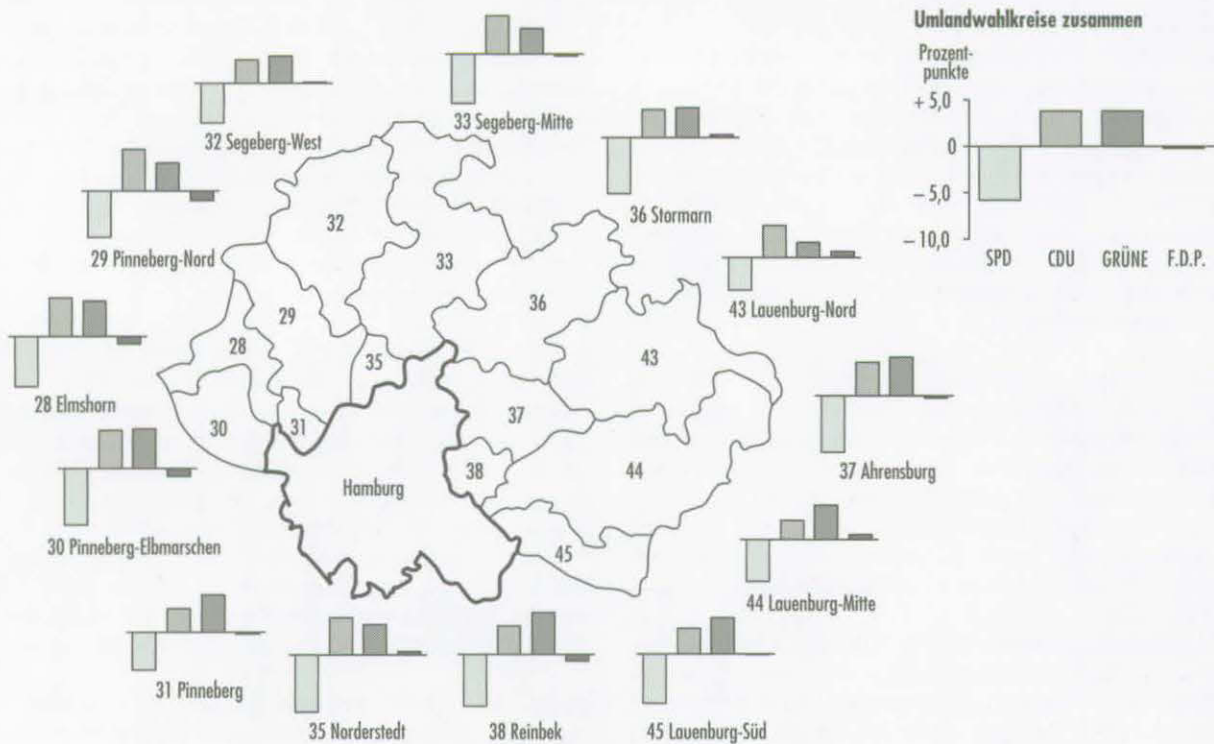
Landtagswahlen 1992 und 1996 in Schleswig-Holstein in den Wahlkreisen des Hamburger Umlands

Wahlkreis	SPD			CDU			DVU			F.D.P.			GRÜNE			Sonstige		
	1992	1996	Veränderung %	1992	1996	Veränderung %	1992	1996	Veränderung %	1992	1996	Veränderung %	1992	1996	Veränderung %	1992	1996	Veränderung %
	%		Punkte	%		Punkte	%		Punkte	%		Punkte	%		Punkte	%		Punkte
28 Elmshorn	50,0	44,0	- 6,0	29,0	33,6	+ 4,6	7,8	4,1	- 3,7	6,5	5,6	- 0,9	5,6	9,8	+ 4,2	1,0	2,8	+ 1,7
29 Pinneberg-Nord	41,7	36,2	- 5,5	37,5	42,4	+ 4,9	7,0	4,0	- 3,0	7,5	6,3	- 1,2	4,8	8,1	+ 3,3	1,6	3,0	+ 1,4
30 Pinneberg-Elbmarschen	48,2	41,5	- 6,7	31,2	35,7	+ 4,5	7,1	4,8	- 2,3	6,6	5,7	- 0,9	5,4	10,1	+ 4,7	1,6	2,2	+ 0,7
37 Pinneberg	45,8	41,3	- 4,5	32,2	34,9	+ 2,8	7,5	4,7	- 2,8	6,5	6,3	- 0,2	6,1	10,5	+ 4,4	2,0	2,3	+ 0,4
32 Segeberg-West	41,0	36,3	- 4,7	37,7	40,4	+ 2,7	7,4	4,9	- 2,6	7,7	7,9	+ 0,1	4,6	7,8	+ 3,2	1,5	2,7	+ 1,2
33 Segeberg-Mitte	43,1	37,2	- 5,9	36,5	41,0	+ 4,5	7,3	4,8	- 2,5	6,7	6,4	- 0,3	5,0	8,0	+ 3,0	1,5	2,7	+ 1,3
35 Norderstedt	49,0	42,2	- 6,8	32,1	36,5	+ 4,4	6,8	4,8	- 2,0	5,7	6,1	+ 0,4	4,8	8,3	+ 3,6	1,7	2,1	+ 0,4
36 Stormarn	46,0	39,3	- 6,7	34,8	38,1	+ 3,3	6,5	4,6	- 1,9	5,7	6,1	+ 0,3	5,1	8,6	+ 3,5	1,9	3,5	+ 1,5
37 Ahrensburg	43,6	36,9	- 6,7	36,7	40,6	+ 3,9	6,1	4,0	- 2,1	6,6	6,4	- 0,3	5,8	10,3	+ 4,5	1,2	1,9	+ 0,7
38 Reinbek	45,9	39,7	- 6,1	34,1	37,5	+ 3,4	6,7	5,0	- 1,7	6,3	5,5	- 0,8	5,5	10,5	+ 5,0	1,5	1,8	+ 0,3
43 Lauenburg-Nord	39,9	36,0	- 3,9	36,9	40,7	+ 3,8	8,3	5,8	- 2,4	6,0	6,7	+ 0,7	6,7	8,6	+ 1,8	2,2	2,2	+ 0,0
44 Lauenburg-Mitte	41,4	36,4	- 5,0	38,3	40,7	+ 2,3	7,5	5,6	- 1,9	6,3	6,9	+ 0,6	4,6	8,6	+ 4,1	1,9	1,8	- 0,1
45 Lauenburg-Süd	47,4	41,6	- 5,9	30,6	33,5	+ 3,0	8,0	7,1	- 0,9	5,2	5,1	- 0,1	6,1	10,5	+ 4,3	2,7	2,3	- 0,4
Umlandkreise zusammen	44,9	39,1	- 5,8	34,4	38,2	+ 3,8	7,2	4,9	- 2,3	6,4	6,2	- 0,2	5,4	9,2	+ 3,8	1,7	2,4	+ 0,7
Schleswig-Holstein	46,2	39,8	- 6,4	33,8	37,2	+ 3,4	6,3	4,3	- 2,0	5,6	5,7	+ 0,2	4,97	8,1	+ 3,1	3,1	4,8	+ 1,7

Landtagswahl in Schleswig-Holstein 1996 in den Wahlkreisen des Hamburger Umlands
 – Stimmenanteile in % –



– Veränderung der Stimmenanteile gegenüber der Landtagswahl 1992 in Prozentpunkten –



men die einzelnen Umlandwahlkreise weder Spitzen- noch letzte Plätze ein: Die höchste Wahlbeteiligung verzeichnete der Wahlkreis 44 Lauenburg-Mitte mit 74,4 Prozent und Platz 8, die niedrigste der Wahlkreis 35 Norderstedt mit 68,3 Prozent und Platz 40 in der Rangskala der 45 Landtagswahlkreise.

In der Veränderung gegenüber 1992 war lediglich der Wahlkreis 29 Pinneberg-Nord mit plus 0,2 Prozentpunkten überdurchschnittlich, und die Wahlkreise 33 Segeberg-Mitte und 44 Lauenburg-Mitte waren mit plus 0,1 Prozentpunkten genau im Landesdurchschnitt. Während die Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen 32 Segeberg-West und 43 Lauenburg-Nord unverändert blieb, nahm sie in allen anderen Umlandwahlkreisen zum Teil deutlich ab. So wurden die letzten Plätze der landesweiten Rangskala von den Wahlkreisen 31 Pinneberg (minus 1,2 Prozentpunkte), 35 Norderstedt (minus 1,6 Prozentpunkte) und 30 Pinneberg-Elbmarschen (minus 2,2 Prozentpunkte) eingenommen.

Stimmenverluste für SPD, F.D.P. und DVU, Stimmengewinne für CDU und GRÜNE

In den Umlandwahlkreisen wurden insgesamt 464 000 gültige Stimmen gezählt, was einem Anteil an den gültigen Stimmen landesweit von 30,9 Prozent entspricht. 4 800 Stimmen oder ein Prozent waren ungültig, geringfügig mehr als im Landesdurchschnitt.

Wie auch bei der Landtagswahl 1992 konnte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in den Wahlkreisen des Umlandes insgesamt stärkste Partei werden, dieses Mal mit 182 000 oder 39,1 Prozent der gültigen Stimmen. 30,4 Prozent ihrer Stimmen im Lande insgesamt holte sie in den Umlandwahlkreisen. Gegenüber der Wahl 1992 verlor die Partei jedoch 23 000 Stimmen oder 5,8 Prozentpunkte im Stimmenanteil, der damit auch unter dem Landesdurchschnitt von 39,8 Prozent blieb. Jede vierte Stimme, die die SPD landesweit einbüßte, verlor sie in den Umlandwahlkreisen

In den einzelnen Wahlkreisen schnitt die SPD mit 44,0 Prozent am besten in 28 Elmshorn und mit 36,0 Prozent am schlechtesten in 43 Lauenburg-Nord ab. Die Partei mußte im Hamburger Umland – wie auch landesweit – in allen Wahlkreisen Verluste hinnehmen; die geringsten hatte sie mit minus 3,9 Prozentpunkten in 43 Lauenburg-Nord, die höchsten mit minus 6,8 Prozentpunkten in 35 Norderstedt.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) konnte ihren Stimmenanteil in den Umlandwahlkreisen bei dieser Landtagswahl um 3,8 Prozentpunkte auf 38,2 Prozent erhöhen. Im Stimmenanteil

sowie im Stimmenzuwachs liegt die Partei hier über den Landesdurchschnittswerten. Auf sie entfielen insgesamt 177 000 Stimmen, das sind 21 000 mehr gegenüber der Landtagswahl 1992, welches einem Anteil von 37,0 Prozent an den landesweiten Stimmengewinnen entspricht. Am Landesergebnis der CDU haben die Stimmen aus den Umlandwahlkreisen einen Anteil von 31,7 Prozent.

Ihr bestes Ergebnis erreichte die Partei mit 42,4 Prozent Stimmenanteil im Wahlkreis 29 Pinneberg-Nord, ihr schlechtestes mit 33,5 Prozent im Wahlkreis 45 Lauenburg-Süd. Anders als die SPD erzielte die CDU in allen Umlandwahlkreisen – wie auch landesweit – Stimmengewinne. Die geringsten hatte sie in 44 Lauenburg-Mitte mit 2,3 Prozentpunkten und die höchsten in 29 Pinneberg-Nord mit plus 4,9 Prozentpunkten.

Die Stimmenverluste der SPD und die Stimmengewinne der CDU bei dieser Landtagswahl hatten zur Folge, daß von den dreizehn 1992 noch alle an die SPD gefallenen Umlandwahlkreise sechs von der CDU gewinnen werden konnten. Der größte Stimmenvorsprung gelang der CDU dabei mit 6,2 Prozentpunkten in 29 Pinneberg-Nord, der geringste mit 3,7 Prozentpunkten in 37 Ahrensburg. Die Wahlkreisbewerberinnen und -bewerber der SPD siegten mit dem größten Vorsprung in 28 Elmshorn mit 10,4 Prozentpunkten und mit dem geringsten in 36 Stormarn mit 1,2 Prozentpunkten.

Die Freie Demokratische Partei (F.D.P.), die 1996 erneut den Einzug in den schleswig-holsteinischen Landtag schaffte, schnitt in den Umlandwahlkreisen geringfügig schlechter ab als 1992. 29 000 Stimmen oder 6,2 Prozent Stimmenanteil konnte sie erreichen, was einen Verlust im Stimmenanteil von 0,2 Prozentpunkten bedeutet. Die F.D.P. hatte dennoch in den Umlandkreisen ein besseres Ergebnis als im übrigen Schleswig-Holstein, denn im Landesdurchschnitt erzielte sie einen Anteil von nur 5,7 Prozent. Ihre Stimmen holte die Partei zu 33,4 Prozent aus den Umlandwahlkreisen.

In den einzelnen Wahlkreisen erreichte die F.D.P. Stimmenanteile, die überwiegend über dem Landesergebnis und alle über der Fünf-Prozent-Marke liegen. Ihr bestes Wahlkreisergebnis hatte sie in 33 Segeberg-West mit 7,9 Prozent, ihr schlechtestes in 45 Lauenburg-Süd mit 5,1 Prozent. In ihren fünf Wahlkreisen mit Stimmengewinnen schnitt die F.D.P. mit einem Zuwachs von plus 0,7 Prozentpunkten am besten in 43 Lauenburg-Nord ab, in den acht Wahlkreisen mit Stimmenverlusten am schlechtesten in 29 Pinneberg-Nord mit minus 1,2 Prozentpunkten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE), denen erstmals der Einzug in den schleswig-holsteinischen

Landtag gelang, konnten in den Umlandwahlkreisen 43 000 oder 9,2 Prozent Stimmen für sich verbuchen, was deutlich über dem Landesdurchschnitt von 8,1 Prozent liegt. Gegenüber 1992 holten die GRÜNEN gut 18 000 Stimmen oder 3,8 Prozentpunkte im Stimmenanteil dazu. Die landesweit erreichten Stimmen der Partei kamen zu 35,0 Prozent aus den Umlandwahlkreisen, der landesweite Stimmenzuwachs gegenüber 1992 zu 37,9 Prozent aus diesem Gebiet.

In nahezu allen Wahlkreisen des Umlandes erreichten die GRÜNEN über dem Landesdurchschnitt liegende Stimmenanteile. Am besten schnitten sie in 38 Reinbek mit 10,5 Prozent ab, am schlechtesten in 32 Segeberg-West mit 7,8 Prozent. Auch die Veränderungen gegenüber 1992 waren in fast allen Umlandwahlkreisen über dem Landesdurchschnitt von plus 3,1 Prozentpunkten, den größten Zuwachs im Stimmenanteil erzielten die GRÜNEN in 38 Reinbek mit plus 5,0 Prozentpunkten, den geringsten in 43 Lauenburg-Nord mit plus 1,8 Prozentpunkten.

Die DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU), die nicht mehr in den schleswig-holsteinischen Landtag einzog, konnte in den Umlandwahlkreisen 23 000 Stimmen auf sich vereinigen, das sind 35,1 Prozent ihrer Stimmen insgesamt im Lande. Das Ergebnis entspricht einem Stimmenanteil von 4,9 Prozent, womit

die DVU – wie auch im Landesergebnis – nicht die Fünf-Prozent-Marke überwinden konnte; der erzielte Stimmenanteil liegt jedoch reichlich über dem Landesergebnis von 4,3 Prozent. Gegenüber 1992 verlor die DVU in den Umlandwahlkreisen gut 10 000 Stimmen oder 2,3 Prozentpunkte, womit die Verluste über dem Landesdurchschnitt von minus 2,0 Prozentpunkten liegen.

Das überdurchschnittliche Ergebnis der DVU findet sich in fast allen Wahlkreisen des Umlandes wieder, ausgenommen sind die Wahlkreise 28 Elms-hom (4,1 Prozent), 29 Pinneberg-Nord (4,0 Prozent) und 37 Ahrensburg (4,0 Prozent). In den Wahlkreisen 38 Reinbek (5,0 Prozent), 43 Lauenburg-Nord (5,8 Prozent), 44 Lauenburg-Mitte (5,6 Prozent) und 45 Lauenburg-Süd (7,1 Prozent) konnte die Partei sogar die Fünf-Prozent-Marke überwinden.

Auf die sonstigen Wahlvorschläge entfielen in den Umlandkreisen gut 11 000 Stimmen oder ein Anteil von 2,4 Prozent. Erwähnenswert ist, daß etwa 8 000 Stimmen (1,7 Prozent) davon die erstmals angetretene Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein errang. 1992 erzielten sonstigen Wahlvorschläge in den Umlandwahlkreisen mit etwa 8 000 Stimmen einen Anteil von 1,7 Prozent, darunter DIE REPUBLIKANER mit gut 7 000 (1,6 Prozent) Stimmen.

Gerhard Winck

2,1 Mrd. DM Sozialhilfe 1994

Die Ausgaben für die Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz betragen in Schleswig-Holstein im Jahre 1994 2 137 Mill. DM, das sind 105 Mill. DM mehr als 1993. Ihnen standen Einnahmen, z. B. Kostenersatz oder Erstattungen, von 411 Mill. DM gegenüber. Die reinen Ausgaben beliefen sich damit auf 1 726 Mill. DM. Je Einwohner wurden rein rechnerisch 640 DM aufgewendet. Die Ausgaben für die Sozialhilfe 1994 sind nicht direkt mit den entsprechen-

den Angaben aus den Vorjahren vergleichbar, weil seit dem 01.11.1993 die Ausgaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.

1 285 Mill. DM (60,1 %) der Bruttoausgaben flossen in die Hilfe in Einrichtungen und 852 Mill. DM (39,9 %) in die Hilfe außerhalb von Einrichtungen.

Gut drei Fünftel aller Ausgaben entfielen wie im Vorjahr auf die Hilfen in besonderen Lebenslagen, unter denen die Hilfe zur Pflege mit einem Anteil von 57,4 % wieder dominierte. Die Hilfe zum Lebensunterhalt beanspruchte die restlichen knapp zwei Fünftel der erforderlichen Mittel. Sie nahm mit 4,7 % geringer zu als die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit 5,5 %.

Bruttoausgaben für Sozialhilfe in Schleswig-Holstein nach der Hilfeart in Mill. DM

Hilfeart	1993	1994
Hilfe zum Lebensunterhalt	746	781
Hilfe in besonderen Lebenslagen	1 286	1 356
darunter		
Eingliederungshilfe	442	487
Hilfe zur Pflege	751	778
Insgesamt	2 032	2 137
Anstieg gegenüber dem Vorjahr in %	+ 10,9	+ 5,2

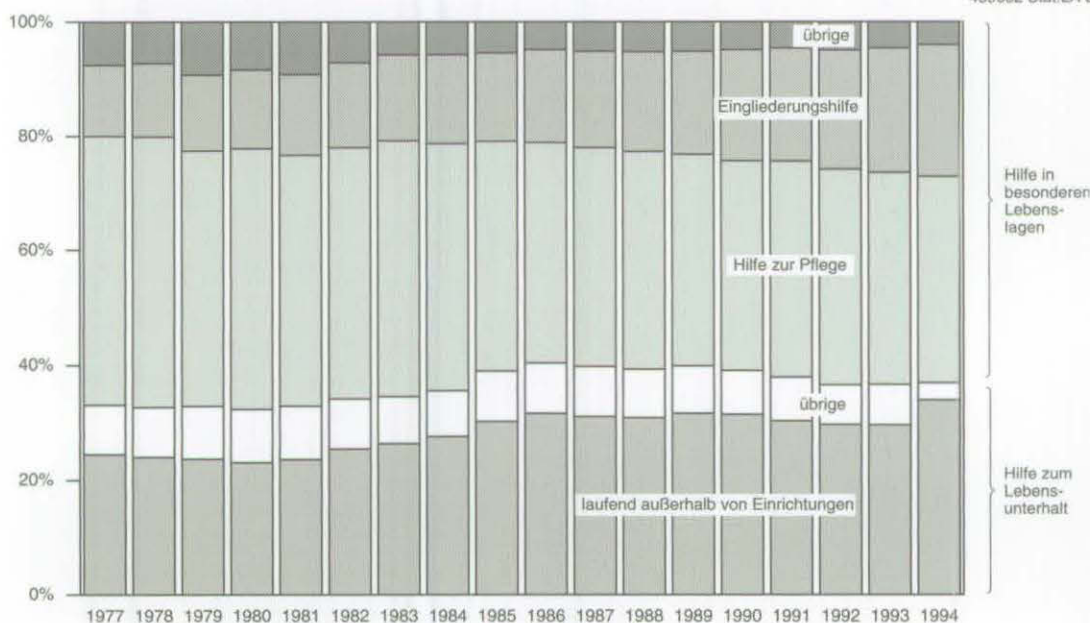
Die jährliche Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe erfaßt

- die Ausgaben für Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz. Die Leistungen umfassen sowohl die Hilfe zum Lebensunterhalt als auch die Hilfe in besonderen Lebenslagen.
- die Einnahmen im Zusammenhang mit Ausgaben der Sozialhilfe sowie Einnahmen aus Tilgung und Zinsen von Darlehen.

Dr. Anke Saebetzki

Anteile der wichtigsten Hilfearten an den Bruttoausgaben für Sozialhilfe in Schleswig-Holstein

459602 Stat.LA S-H



Zahl der Schwerbehinderten kontinuierlich gestiegen

Zum 31. Dezember 1995 wurden von den in Schleswig-Holstein für die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes zuständigen Behörden insgesamt 192 853 Schwerbehinderte mit gültigem Ausweis zur Statistik gemeldet, 5 410 mehr als vor zwei Jahren. 102 082 der Schwerbehinderten waren Männer, 90 771 Frauen. Fast die Hälfte aller Schwerbehinderten war 65 Jahre alt oder älter. Es wurden 2 595 schwerbehinderte Ausländer ermittelt. Das sind 1,3 % aller Schwerbehinderten.

Aus der Darstellung nach der Art der schwersten Behinderung ergeben sich die Schwerpunkte in der Beeinträchtigung der Funktion innerer Organe (30 %), der Funktionseinschränkung von Gliedmaßen (18 %), der Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes einschließlich der Deformierung des Brustkorbes (15 %) und der Gruppe Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderung einschließlich Suchtkrankheiten (14 %).

In Schleswig-Holstein werden die Ergebnisse der Schwerbehindertenstatistik alle zwei Jahre für den Stichtag 31. Dezember in Zusammenarbeit mit dem Landesversorgungsamt – Berichtsstellen sind die Versorgungsämter – ermittelt und veröffentlicht. Es handelt sich um eine Totalerhebung. Schwerbehinderte sind Personen mit einem Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 50. Seit 1987 sind nur noch Schwerbehinderte zu zählen, deren Wohnsitz innerhalb der Bundesrepublik Deutschland liegt und die zum Berichtszeitpunkt einen gültigen Ausweis besitzen.

Im Datenbestand fehlen zwangsläufig diejenigen Schwerbehinderten, die überhaupt keinen Antrag auf Anerkennung als solche oder die Ausfertigung bzw. die Verlängerung eines Ausweises gestellt haben, sowie die, deren Behinderung nicht durch die Versorgungsverwaltung des Landes Schleswig-Holstein festgestellt worden ist.

Dr. Anke Saebetzki

Schwerbehinderte mit gültigem Ausweis am Jahresende

Bevölkerungsgruppe	1991		1993		1995	
	Anzahl	je 1 000 Einw. ¹	Anzahl	je 1 000 Einw. ¹	Anzahl	je 1 000 Einw. ¹
Insgesamt	180 155	69	187 443	70	192 853	71
und zwar						
Männer	95 568	75	99 440	76	102 082	77
Frauen	84 587	63	88 003	64	90 771	65
Deutsche	178 041	71	185 079	73	190 258	74
Ausländer	2 114	20	2 364	19	2 595	20

¹ der betreffenden Bevölkerungsgruppe zum 31.12. des Vorjahres

Tuberkulose 1995

Im Berichtsjahr 1995 meldeten die Gesundheitsämter Schleswig-Holsteins 302 Zugänge an aktiver Tuberkulose, davon 116 bei Frauen und 186 bei Männern. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 26 Fälle oder 8 % weniger gezählt. Je 100 000 Einwohner erkrankten 11 Personen; 1994 waren es 12 gewesen. In 234 Fällen waren die Atmungsorgane von der Erkrankung betroffen. In mehr als zwei Dritteln der Fälle konnten Tbc-Bakterien nachgewiesen werden. Von dieser sogenannten offenen Tuberkulose geht die größte Ansteckungsgefahr aus.

Erhoben werden die Erkrankungen an aktiver Tuberkulose der Atmungsorgane und der übrigen Organe wie Nieren, Haut, Knochen. Die erkrankten Personen werden nach dem Alter und Geschlecht und nach Deutschen und Ausländern erfaßt. Auskunftspflichtig für die jährliche Statistik sind die Tuberkulose-Fürsorgestellten bei den Gesundheitsämtern.

Auftreten und Verlauf der Tuberkulose sind stark abhängig von der allgemeinen körperlichen Widerstandsfähigkeit. Die Zahl der an Tuberkulose erkrankten Personen je 100 000 Einwohner nimmt mit dem Alter deutlich zu. Männer sind dabei gefährdeter als Frauen, sich mit Tbc-Bakterien zu infizieren.

Innerhalb Schleswig-Holsteins ist die Zahl der Neuerkrankungen deutlich unterschiedlich verteilt. Es läßt sich jedoch kein Muster nach regionaler Ballung oder Stadt/Land-Unterschieden erkennen. So wurde im Kreis Steinburg mit 20 Zugängen 1995 je 100 000 Einwohner die höchste Inzidenz verzeichnet, gefolgt von den kreisfreien Städten Flensburg mit 17 und Neumünster mit 16 Zugängen. Die niedrigste Inzidenz weisen mit 6 Fällen Kreis Pinneberg und mit je 8 Fällen die Kreise Nordfriesland und Ostholstein auf.

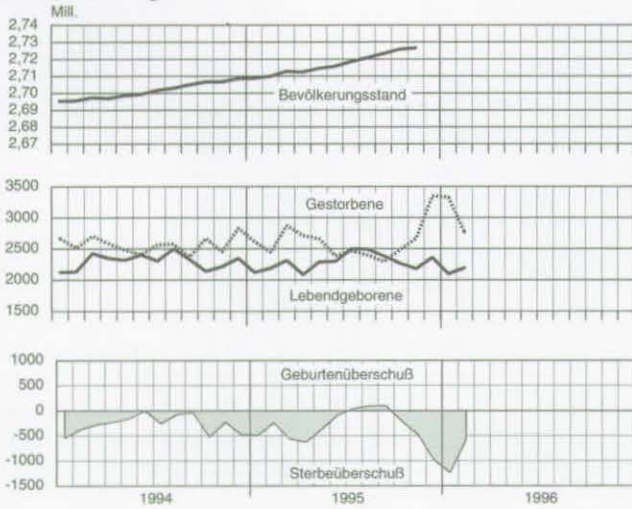
Dr. Anke Saebetzki

Zugänge an Tuberkulosekranken 1995 nach Alter und Geschlecht

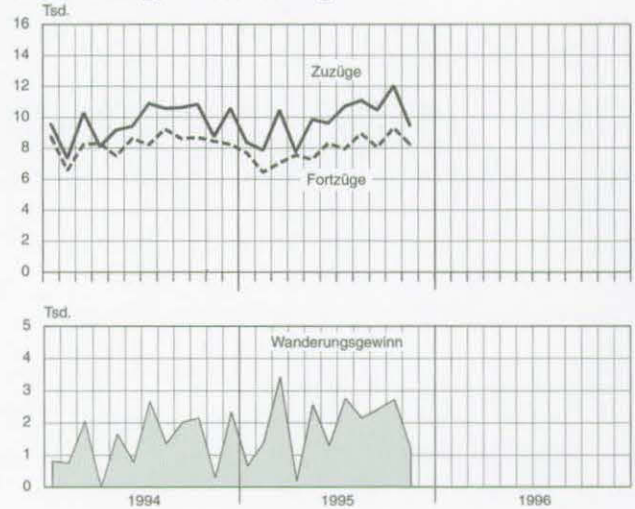
Alter von ... bis unter Jahren	Aktive Tuberkulose insgesamt				Darunter Tuberkulose der Atmungsorgane	
	Zusammen	männlich	weiblich	Zusammen je 100 000 Einwohner ¹	mit	ohne
					Nachweis von Tbc-Bakterien	
Unter 1	–	–	–	–	–	–
1 - 5	7	4	3	6	3	1
5 - 10	2	1	1	1	1	–
10 - 15	–	–	–	–	–	–
15 - 20	10	4	6	8	5	4
20 - 25	12	10	2	7	4	4
25 - 30	26	16	10	11	16	6
30 - 35	21	10	11	9	14	3
35 - 40	28	17	11	15	18	5
40 - 45	20	11	9	11	14	3
45 - 50	23	17	6	14	7	11
50 - 55	23	15	8	11	16	4
55 - 60	22	15	7	11	9	4
60 - 65	21	13	8	15	14	4
65 - 70	25	16	9	20	16	4
70 - 75	18	14	4	15	9	4
75 und älter	44	23	21	23	25	6
Insgesamt	302	186	116	11	171	63
Darunter Ausländer	85	55	30	.	76	23

¹ Einwohnerzahlen: Stand 31. Dezember 1994

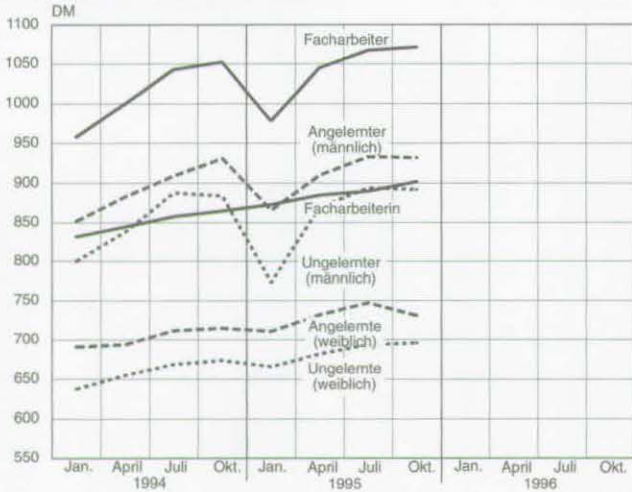
Bevölkerungsstand



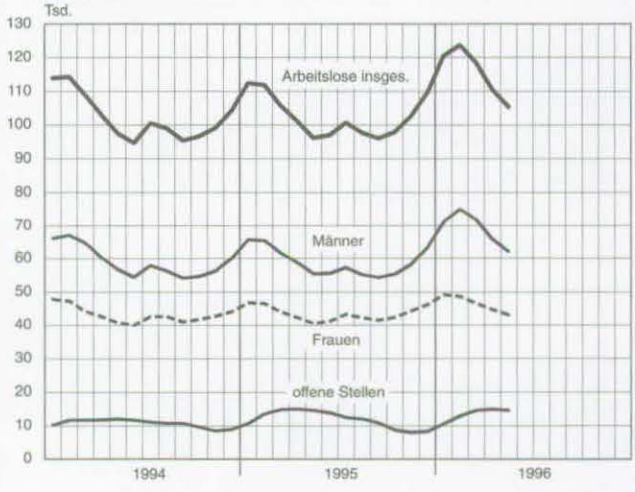
Bevölkerungsveränderung



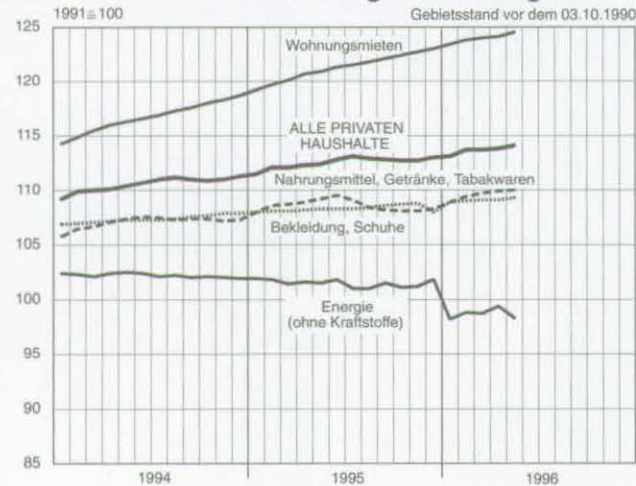
Bruttowochenverdienste



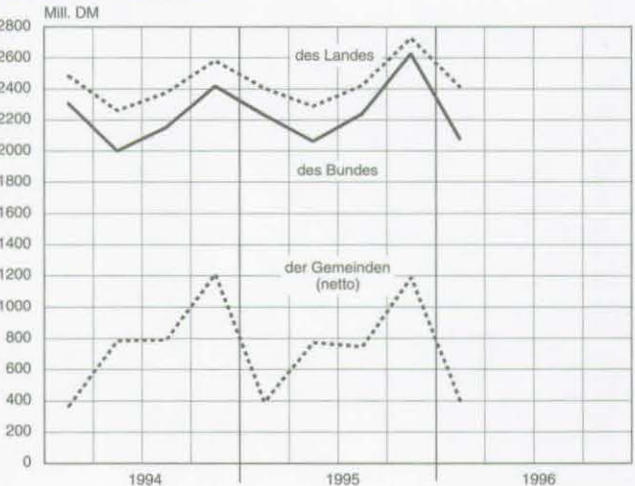
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

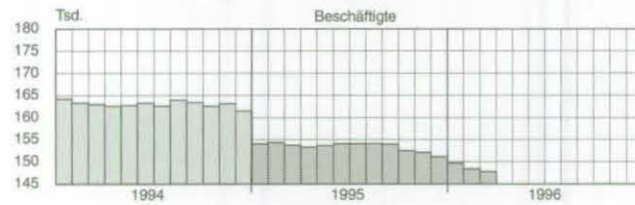
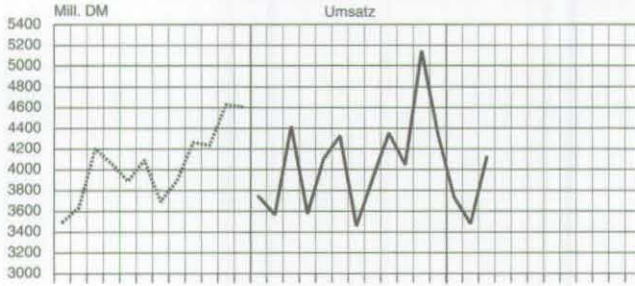


Steuereinnahmen

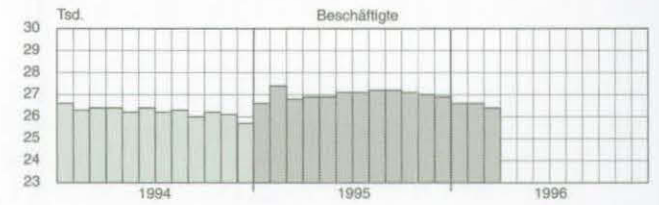
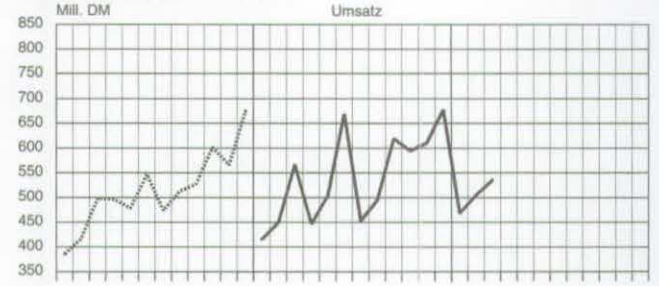


Verarbeitendes Gewerbe¹

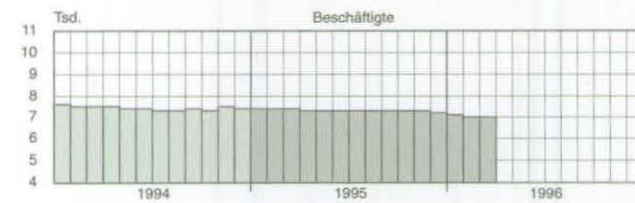
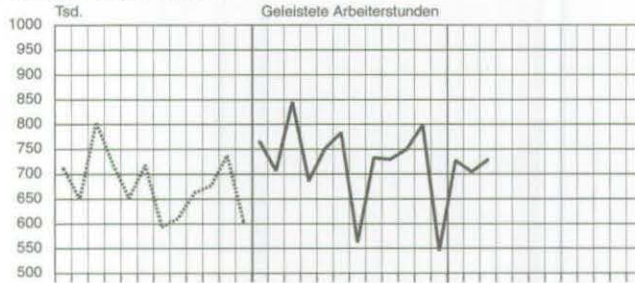
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



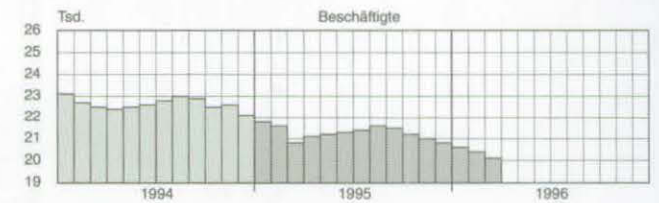
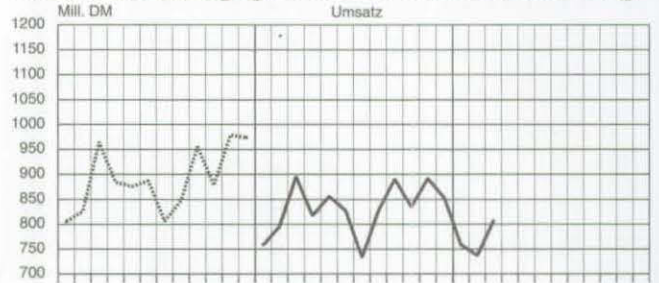
darunter Maschinenbau¹



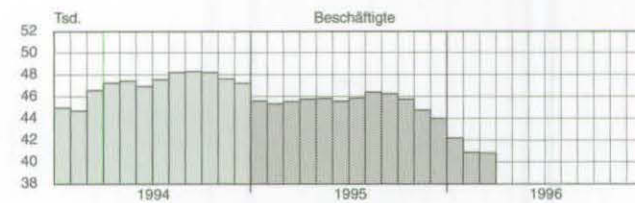
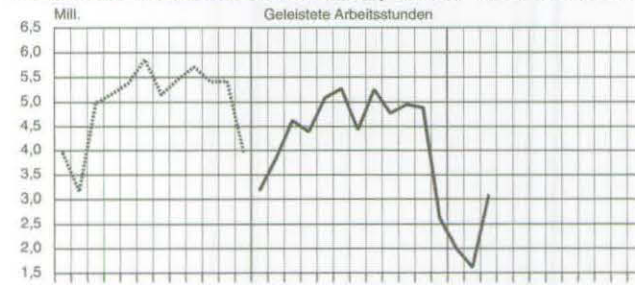
darunter Schiffbau¹



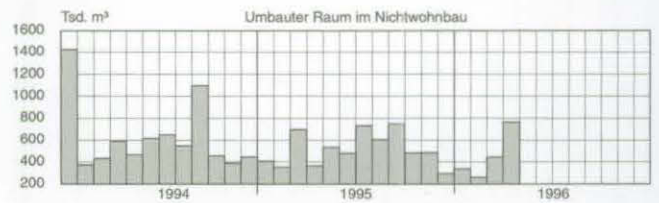
darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung¹



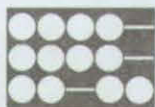
Vorbereit. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau¹



Baugenehmigungen



¹ ab Januar 1995 neuer Berichtskreis nach WZ 93



Daten zur Konjunktur	2
Jahreszahlen.....	4
Zahlenspiegel.....	6
Kreiszahlen	11
Zahlen für Bundesländer.....	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Energiewirtschaft		April 1996		Januar bis April 1996	
Stromerzeugung (brutto)	1 000
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	147	- 4,4	148	- 3,7
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	12	- 0,5	12	- 6,2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	737	- 2,5	723	+ 1,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 869	+ 8,3	3 796	- 0,7
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 890	+ 5,2	2 860	+ 1,2
Auslandsumsatz	Mill. DM	979	+ 18,5	938	- 6,1
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	.	+ 37,8	.	+ 8,3
aus dem Inland	Mill. DM	.	+ 50,1	.	+ 11,1
aus dem Ausland	Mill. DM	.	+ 14,8	.	+ 3,0
Bauhauptgewerbe²				Januar bis Dezember 1995	
Beschäftigte	1 000	48	+ 1,2
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	5	- 2,2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	187	+ 1,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	627	- 3,4
Auftragseingang ³	Mill. DM	341	- 5,8
Baugenehmigungen⁴				Januar bis April 1996	
Wohnbau	Wohnungen	1 551	- 12,9	1 405	- 19,1
Nichtwohnbau	1 000 m ² umbauter Raum	765	+ 110,2	452	- 0,9
Einzelhandel			März 1996	Januar bis Dezember 1995	
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100
Gastgewerbe					
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100
Fremdenverkehr⁵			April 1996	Januar bis April 1996	
Ankünfte	1 000	312	- 13,7	211	- 5,3
Übernachtungen	1 000	1 562	- 13,9	984	- 4,7
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	110 514	+ 9,2	118 134	+ 9,1
Offene Stellen	Anzahl	14 992	- 0,2	12 424	- 2,8
Kurzarbeiter	Anzahl	7 972	+ 131,4	10 089	+ 179,4
Insolvenzen					
Anzahl		99	+ 106,3	82	+ 27,8

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

*Daten zur Konjunktur
Land und Bund im Vergleich*

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1995	Mai 1995	Juni 1995	Juli 1995	August 1995	Sept. 1995	Oktober 1995	Nov. 1995	Dez. 1995	Januar 1996	Februar 1996	März 1996	April 1996
Verarbeitendes Gewerbe¹														
Beschäftigte	Land	p- 3,3	- 3,1	- 3,2	- 2,8	- 3,5	- 3,3	- 3,7	- 4,3	- 3,9	- 2,8	- 3,8	- 3,9	- 4,4
	Bund	p- 3,0	p- 3,0	p- 3,0	p- 2,0	p- 3,0	p- 3,0	p- 3,0	p- 3,0	p- 3,0	p- 2,2	p- 2,7	p- 3,1	...
Geleistete Arbeiterstunden	Land	p- 3,2	+ 2,7	- 4,6	- 8,6	- 0,4	- 4,7	- 3,7	- 2,1	- 8,8	- 8,0	- 3,9	- 11,6	- 0,5
	Bund	p- 2,4	p+ 2,0	p- 5,0	p± 0,0	p- 2,0	p- 5,0	p- 2,0	p- 1,0	...	p- 4,6	p- 2,4	p- 10,5	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	p- 0,3	+ 2,8	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,1	- 3,7	- 1,5	- 0,5	- 2,3	+ 6,3	+ 1,9	- 1,1	- 2,5
	Bund	p+ 0,9	p+ 2,0	p+ 1,0	p+ 1,0	p+ 2,0	p+ 0,0	p+ 2,0	p+ 3,0	...	p+ 3,8	p+ 5,7	p- 3,3	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	p+ 3,2	+ 8,7	+ 9,1	- 3,5	+ 3,1	+ 4,1	- 2,7	+ 13,6	- 3,5	- 0,3	- 2,4	- 6,8	+ 8,3
	Bund	p+ 3,7	p+ 10,0	p+ 3,0	p+ 4,0	p+ 4,0	p- 1,0	p+ 4,0	p+ 1,0	p- 5,0	p+ 2,2	p+ 0,5	p- 8,0	...
Inlandsumsatz	Land	p- 0,1	+ 1,2	+ 6,6	- 4,8	- 2,8	- 2,5	- 5,6	+ 9,6	- 7,1	+ 9,6	- 5,3	- 3,4	+ 5,2
	Bund
Auslandsumsatz	Land	p+ 13,6	+ 34,8	+ 17,1	+ 0,9	+ 24,8	+ 26,6	+ 6,8	+ 24,4	+ 7,4	- 22,6	+ 6,6	- 16,7	+ 18,5
	Bund	p+ 8,4	p+ 15,0	p+ 7,0	p+ 1,0	p+ 9,0	p+ 5,0	p+ 9,0	p+ 5,0	...	p+ 3,4	p+ 4,4	p- 4,8	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	p+ 15,6	+ 16,2	+ 10,0	+ 63,3	+ 16,6	+ 6,5	+ 7,2	+ 17,9	- 18,1	+ 11,5	- 1,6	- 11,2	+ 37,8
	Bund	+ 1,1	+ 9,5	- 0,9	+ 7,2	+ 1,2	- 2,5	- 2,1	- 3,6	- 11,6	- 1,2	- 2,5	- 7,8	p+ 6,3
aus dem Inland	Land	p+ 20,1	+ 12,3	+ 14,2	+ 123,5	+ 20,1	+ 26,4	+ 8,7	+ 18,8	- 22,8	+ 11,1	- 2,2	- 11,1	+ 50,1
	Bund	+ 1,6	+ 7,8	- 1,6	+ 6,0	- 0,9	- 0,6	- 2,2	- 1,9	- 12,6	- 1,9	- 5,3	- 10,4	p+ 3,1
aus dem Ausland	Land	p+ 7,3	+ 24,5	+ 2,4	- 22,1	+ 9,5	- 16,9	+ 4,4	+ 16,4	- 6,9	+ 12,4	- 0,7	- 11,3	+ 14,8
	Bund	+ 0,1	+ 12,5	+ 0,2	+ 9,5	+ 5,7	- 5,7	- 2,4	- 6,7	- 10,4	- 0,2	+ 2,1	- 3,7	p+ 11,8
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	...	- 5,8	+ 3,4	- 8,6	- 7,5
	Bund
Bauhauptgewerbe²														
Beschäftigte	Land	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,7	- 0,2	- 1,1	- 1,9
	Bund	- 2,1	r- 1,5	- 2,1	- 2,3	- 2,9	- 3,4	r- 3,4	r- 3,8	- 4,2
Geleistete Arbeitsstunden	Land	- 2,2	+ 3,3	- 6,2	- 6,4	+ 5,8	- 7,5	+ 0,8	- 0,5	- 25,6
	Bund	- 6,0	+ 2,3	- 9,2	- 0,6	- 6,6	- 10,4	r- 2,5	r- 5,1	- 21,9
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 1,6	+ 7,0	+ 1,8	+ 4,1	+ 1,7	- 2,7	+ 4,5	- 0,3	- 14,5
	Bund	- 1,7	+ 3,5	- 1,7	+ 0,5	- 0,2	- 4,9	r+ 0,7	r- 4,8	- 10,8
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	- 3,4	- 5,3	+ 3,2	- 0,6	+ 4,1	- 4,8	- 3,2	- 10,9	- 29,3
	Bund	- 2,0	+ 2,4	- 3,9	- 2,1	- 1,6	- 5,3	r- 2,7	r- 3,8	- 8,8
Auftragseingang ³	Land	- 5,8	+ 7,9	- 8,3	- 14,9	- 13,3	- 8,4	+ 2,3	+ 9,0	- 24,3
	Bund	- 5,8	- 6,2	- 10,4	- 0,5	- 3,9	- 2,5	r- 3,9	r- 2,9	- 14,3
Baugenehmigungen⁴														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	- 14,6	- 32,7	- 34,9	- 16,5	- 14,1	- 10,6	- 14,1	- 21,4	- 21,2	- 16,6	- 22,0	- 23,9	- 12,9
	Bund	- 23,1	- 20,1	- 28,9	- 20,8	- 33,4	- 29,2	- 32,2	- 25,2	- 30,3
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	- 17,5	+ 14,4	- 22,5	+ 12,3	+ 10,8	- 31,6	+ 5,5	+ 24,8	- 34,2	- 17,4	- 26,6	- 36,2	+ 110,2
	Bund	- 4,1	+ 7,0	+ 6,2	- 4,4	+ 4,6	- 1,5	+ 3,8	- 34,1	- 16,9
Einzelhandel														
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Land
	Bund
Gastgewerbe														
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Land
	Bund
Fremdenverkehr⁵														
Ankünfte	Land	+ 2,3	- 5,6	+ 7,3*	- 0,6	+ 4,0	+ 5,3	- 0,9	- 0,2	+ 4,2	p- 5,6	p- 0,9	p+ 4,9	p- 13,7
	Bund	+ 3,2	+ 4,4	+ 3,3	+ 3,9	+ 0,3	+ 3,1	+ 0,5	+ 4,1	+ 4,0	- 1,6	+ 3,5	+ 1,9	...
Übernachtungen	Land	+ 2,1	- 6,5	+ 5,4	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,5	+ 3,7	- 0,9	+ 4,7	p- 2,2	p+ 0,2	p+ 6,9	p- 13,9
	Bund	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,3	- 0,5	+ 0,9	+ 1,7	+ 2,1	+ 3,1	- 2,8	+ 1,8	+ 1,5	...
Arbeitsmarkt														
Arbeitslose	Land	- 0,1	- 1,3	+ 2,4	+ 0,1	- 1,3	+ 0,7	+ 1,3	+ 3,5	+ 5,1	+ 7,0	+ 10,4	+ 12,0	+ 9,2
	Bund	+ 0,3	- 1,6	- 1,0	- 0,8	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,9	+ 3,5	+ 5,2	+ 5,7	+ 8,9	+ 9,9	+ 8,0
Offene Stellen	Land	+ 12,3	+ 22,1	+ 18,8	+ 12,9	+ 12,5	+ 0,9	- 9,5	- 5,4	- 7,5	- 1,2	- 4,8	- 1,9	- 0,2
	Bund	+ 14,1	+ 22,9	+ 20,6	+ 17,8	+ 12,3	+ 6,3	+ 0,3	- 0,4	- 0,3	+ 3,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,2
Kurzarbeiter	Land	- 51,6	- 58,7	- 58,4	- 57,2	- 32,2	+ 2,3	+ 37,2	+ 108,0	+ 232,3	+ 184,7	+ 166,1	+ 237,1	+ 131,4
	Bund	- 53,5	- 59,4	- 54,7	- 43,8	- 48,4	- 31,6	- 20,4	+ 0,5	+ 42,8	+ 53,8	+ 78,7	+ 87,3	+ 105,5
Insolvenzen														
Anzahl	Land	+ 16,3	+ 37,8	+ 14,3	+ 26,8	- 10,1	+ 32,8	- 4,8	+ 95,5	+ 6,2	+ 11,0	- 3,8	+ 27,8	+ 106,3
	Bund	+ 15,5	+ 16,1	+ 10,0	+ 14,3	+ 14,7	+ 15,4	+ 11,3	+ 40,5	+ 5,5	+ 7,7	+ 15,5	+ 3,9	...

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsraten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1991	2 636	6,9	11,0	11,8	- 2	25	1 236	57	361	258	559
1992	2 662	7,1	10,8	11,4	- 2	33	1 247	59	360	262	568
1993	2 687	6,9	10,7	11,6	- 3	18	1 246	52	362	266	566
1994	2 701	6,8	10,2	11,4	- 3	17	1 245	53	363	262	567
1995	1 248	47	352	323	525

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ³ ≅ 100
	1 000													
1991	134	11	48	62	4	10	35	31	25	91 190	+ 9,1	91 190	+ 4,8	92
1992	135	11	48	62	6	10	36	31	24	97 071	+ 6,4	93 126	+ 2,1	92
1993	139	11	49	62	7	10	36	32	23	99 980	+ 3,0	92 982	- 0,2	92
1994	144	12	49	62	9	10	36	30	24	104 831	+ 4,9	95 352	+ 2,5	92
1995	150	11	50	62	10	109 339	+ 4,3	97 449	+ 2,2	93

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12.				Schlachtungen ⁶		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴									
	1 000										
1991	1 473 ^a	458 ^a	1 387 ^a	...	735	2 161	2 326	5 005	2 257	148	768
1992	1 435	440	1 397	3 129	548	1 853	2 297	5 116	2 093	154	768
1993	1 424 ^a	431 ^a	1 378 ^a	...	431	1 904	2 312	5 306	1 892	184	779
1994	1 396	426	1 309	2 731	351	1 709	2 311	5 393	1 928	146	699
1995	1 398 ^a	421 ^a	1 269 ^a	...	318	1 464	p 2 408	p 5 656	2 151	154	715

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁸
	1 000		Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁹				Beschäftigte am 30.06. in 1 000
1991	182	122	198	5 147	3 919	49 073	10 095	174	1 250	560	399	44
1992	180	119	192	5 309	4 247	49 228	10 430	183	1 251	596	409	44
1993	171	111	176	5 072	4 327	47 315	9 911	189	1 293	620	407	45
1994	163	104	168	4 953	4 370	48 688	11 253	184	1 234	672	414	47
								1 000 t	Mill. kwh			
1995	p 153	p 97	p 157	p 4 856	p 4 321	p 48 984	p 12 787	p 162	p 887	p 5 174	p 3 374	48

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen

² ab 1993 vorläufiges Ergebnis

³ Gebietsstand vor dem 03.10.1990

⁴ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁵ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁶ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁷ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigklassifikation (WZ'93)

⁸ ohne Eigenenerzeugung

⁹ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) ≅ 29 308 MJ

^a repräsentative Viehzählung

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		Bestand an Wohnungen	insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	im sozialen Wohnungsbau ²						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslandsgästen
	1 000	1 000	in %	1 000	Mill. DM				1 000			
1991	12	9	11	1 158	12 656	6 882	1 715	10 688	4 037	550	20 730	1 064
1992	15	12	18	1 171	13 156	6 175	1 751*	11 070	4 129	492	22 116	981
1993	19	14	11	1 186	11 613	5 363	1 688	9 903	3 956	343	21 989	735
1994	23	19	---	1 206	12 918	5 712	1 898	11 258	3 907	314	21 542	690
1995	20	24	---	---	---	---	---	---	3 996	300	21 988	665

Jahr	Kfz-Bestand ⁴ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁶ am 31.12.	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraftfahrzeuge	Pkw ⁵	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	1 000							Mill. DM				
1991	1 490	54	1 279	60	16 649	351	21 631	19 669	1 654,5	626,4	123,5	97,7
1992	1 528	58	1 307	64	16 429	319	21 310	20 156	1 831,9	677,1	131,4	109,5
1993	1 571	64	1 341	66	15 528	296	20 325	22 009	2 031,6	746,0	143,6	118,7
1994	1 608	71	1 368	69	15 463	282	20 182	24 350	---	---	---	---
1995	1 644	78	1 393	72	p 15 449	p 268	p 20 465	---	---	---	---	---

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁸	
	des Bundes	des Landes ⁷	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1991	6 951	7 685	2 761	4 332	8 825	6 214	1 431	125	1 062	20 990	4 058	3 188
1992	7 919	8 351	3 012	4 937	10 061	7 059	1 637	117	1 235	22 081	4 226	3 331
1993	8 331	9 696	3 158	5 506	10 645	7 333	1 676	44	1 182	23 873	4 529	3 577
1994	8 880	9 704	3 156	6 092	10 826	7 510	1 447	39	1 179	24 766	4 681	3 716
1995	9 163	9 844	3 102	6 098	10 739	8 007	1 119	41	1 178	26 367	4 918	3 859

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet ⁹					Löhne und Gehälter ¹¹						
	Erzeugerpreise ¹⁰		für Wohngebäude 1991 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1991 = 100		Industriearbeiter ¹²		Angestellte in Industrie ¹² und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte 1991 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1985 = 100		insgesamt	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹³		
			Männer					Frauen	Beamtete A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
DM												
1991	100,0	94,1	100,0	100,0	100,0	866	605	4 539	3 192	5 323	4 048	3 020
1992	101,4	91,9	105,7	104,0	103,3	899 ^a	640 ^a	4 808 ^a	3 330 ^a	5 453 ^a	4 284	3 200
1993	101,4	84,7	110,5	107,7	105,4	930 ^a	665 ^a	5 071 ^a	3 533 ^a	5 724 ^a	4 411	3 294
1994	102,0	86,5	112,8	110,6	107,1	978 ^a	695 ^a	5 233 ^a	3 677 ^a	5 911 ^a	4 498	3 359
1995	103,7	---	115,4	112,5	108,6	1 000 ^a	722 ^a	5 405 ^a	3 856 ^a	6 115 ^a	4 639	3 464

¹ Errichtung neuer Gebäude

² 1. Förderungsweg

³ nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen

⁴ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr

⁵ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁶ ohne Postspareinlagen

⁷ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen

⁸ einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände

⁹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

¹⁰ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer

¹¹ Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen

¹² einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

¹³ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind inklusive Kindergeld, ohne Stollenzulage

^a Die Zahlen ab 1992 (neuer Berichtskreis) sind mit den davorliegenden Ergebnissen nicht voll vergleichbar.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1994	1995	1995			1996			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	p 2 701	p 2 710	p 2 713	p 2 712
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	p 1 525	p 621	p 1 039	p 1 148
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 6,8	p 3,0	p 4,5	p 5,1
* Lebendgeborene	Anzahl	p 2 295	p 2 186	p 2 310	p 2 082
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 10,2	p 10,5	p 10,0	p 9,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	p 2 564	p 2 436	p 2 872	p 2 710
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 11,4	p 11,7	p 12,5	p 12,2
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	p 12	p 4	p 11	p 15
	je 1 000 Lebendgeborene	p 5,2	p 1,8	p 4,8	p 7,2
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	p - 269	p - 250	p - 562	p - 628
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p - 1,2	p - 1,2	p - 2,4	p - 2,8
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 681	7 873	10 466	7 741
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 987	2 715	5 026	3 101
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	8 286	6 450	7 036	7 544
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 533	1 242	1 317	789
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 395	+ 1 423	+ 3 430	+ 197
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl	10 851	10 563	11 358	9 036
* Wanderungsfälle	Anzahl	28 817	24 886	28 860	24 321
Arbeitslage										
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	102	102	112	106	101	120	124	118	111
* darunter Männer	1 000	59	59	65	62	59	71	75	72	66
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	6,3	3,1	4,4	3,6	3,4	8,3	11,8	12,2	8,0
* darunter Männer	1 000	5,2	2,5	3,8	3,2	3,0	7,2	10,5	11,0	6,9
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	10,6	12,0	13,6	14,9	15,0	10,5	12,9	14,6	15,0
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 396 ^a	1 398 ^a
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	426 ^a	421 ^a
Schweine	1 000	1 309 ^a	1 269 ^a	.	.	1 333	.	.	.	1 245
darunter Zuchtsauen	1 000	125 ^a	118 ^a	.	.	125	.	.	.	117
darunter trächtig	1 000	88 ^a	83 ^a	.	.	86	.	.	.	81
Schlachtungen										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	29	26	25	29	21	27	27	26	22
Kälber	1 000 St.	1	1	0	1	1	0	0	1	0
Schweine	1 000 St.	142	121	123	130	110	115	110	110	112
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	0
* Schlachtmenge ² aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	22,3	19,5	19,0	20,8	16,9	18,7	18,4	18,4	17,2
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	9,1	8,1	7,6	8,8	6,5	8,1	8,3	7,9	6,7
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	12,8	11,0	11,1	11,8	10,1	10,3	9,8	10,2	10,2
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	314	311	313	309	307	307	310	307	310
Kälber	kg	131	130	127	130	128	131	129	133	135
Schweine	kg	91	91	91	91	92	91	89	92	92
Geflügel										
Konsumeier ³	1 000	30 721	28 793	26 899	30 505	30 649	27 271	29 085	31 298	28 941
* Geflügelfleisch ⁴	1 000 kg	53	59
Milcherzeugung										
Milcherzeugung	1 000 t	193	201	190	223	214	191	184	210	...
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96	96	96	96	97	97	96	96	...
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,8	15,6	16,1	17,0	16,9	14,6	15,0	16,1	...

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

³ in Betrieben bzw. in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen

⁴ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

^a Dezember

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1994	1995	1995			1996			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	p 155	p 153	154	154	153	150	148	148	147
* darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	p 99	p 97	98	97	97	94	93	93	92
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	p 13 415	p 13 118	12 964	14 276	12 413	12 491	12 457	12 625	12 346
* Lohnsumme	Mill. DM	p 397,7	p 404,7	355,0	380,1	401,1	389,3	359,7	367,8	383,5
* Gehaltssumme	Mill. DM	p 351,2	p 360,1	328,3	338,7	355,4	358,2	336,5	343,1	353,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	p 3 880	p 4 082	3 563	4 418	3 574	3 729	3 478	4 115	3 869
Inlandsumsatz	Mill. DM	p 2 943	p 3 016	2 696	3 268	2 748	2 840	2 554	3 157	2 890
* Auslandsumsatz	Mill. DM	p 936	p 1 066	867	1 150	826	889	924	958	979
* Kohleverbrauch	1 000 t	p 15	p 14
Gasverbrauch	Mill. kWh	p 455	431
Stadt- und Kokereigas	Mill. kWh
Erd- und Erdölgas	Mill. kWh
* Heizölverbrauch	1 000 t	p 73	p 74
leichtes Heizöl	1 000 t	p 6	p 6
schweres Heizöl	1 000 t	p 67	p 68
* Stromverbrauch	Mill. kWh	p 315	p 315	305	333	315	315	313	326	311
* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	p 37	p 34	36	38	34	37	36	34	28
* Index der Nettoproduktion für Betriebe im Produzierenden Gewerbe ²	1985 = 100
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 530	2 331	2 296	2 560	2 391	3 018	2 886	3 009	...
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 024	1 030	1 012	1 118	996	1 198	1 118	1 108	...
* Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
Handwerk (Meßzahlen)³										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1976 = 100	114,3	114,4	.	109,6
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	233,1	229,5	.	193,6
Bauhauptgewerbe⁴										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	47 080	47 639	46 282	47 856	46 572
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 968	4 857	5 140	5 140	4 644
darunter für										
* Wohnungsbauten	1 000	2 357	2 389	2 115	2 533	2 304
* gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 240	1 150	977	1 247	1 048
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 308	1 267	981	1 327	1 235
* Lohnsumme	Mill. DM	150,6	152,6	112,8	147,1	135,7
* Gehaltssumme	Mill. DM	33,9	34,9	29,5	31,1	32,0
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	649,4	627,0	408,7	547,5	579,0
* Auftragsseingang ⁵	Mill. DM	362,2	341,0	307,7	455,3	300,7
Ausbaugewerbe⁵										
* Beschäftigte	Anzahl	10 451	10 966	10 688	10 674	10 661
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 196	1 255	1 171	1 301	1 148
* Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	38,7	41,2	35,5	38,4	36,1
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	119,3	127,2	96,4	124,5	105,8

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis nach neuer Wirtschaftszweigabgrenzung (einschl. Recycling und Verlagsgewerbe); für davorliegende Zeiträume wird eine Rückrechnung nach neuer Abgrenzung vorgenommen, allerdings liegen für die Bereiche Recycling und Verlagsgewerbe keine Daten vor, so daß die Vergleichbarkeit eingeschränkt ist.

² ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

³ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁴ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁵ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

*Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1994	1995	1995			1996			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	854	683	694	789	751	630	597	846	820
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	632	494	498	554	544	484	445	645	644
2 Wohnungen	Anzahl	119	94	108	121	111	88	73	111	97
* Rauminhalt	1 000 m³	868	730	725	925	784	596	616	818	764
* Wohnfläche	1 000 m²	162	138	138	175	151	110	116	149	146
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	110	112	94	116	103	69	78	114	106
* Rauminhalt	1 000 m³	624	515	353	697	364	337	259	445	765
* Nutzfläche	1 000 m²	91	84	53	103	65	58	41	73	114
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 145	1 879	1 876	2 475	1 985	1 415	1 445	1 858	1 776
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 076,5	p 1 135,8	975,6	1 121,2	958,0
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	138,4	p 143,1	129,9	125,0	123,6
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	938,1	p 992,7	845,8	996,3	834,4
davon										
* Rohstoffe	Mill. DM	19,7	p 24,1	19,4	25,4	26,1
* Halbwaren	Mill. DM	62,5	p 63,7	53,2	70,9	58,5
* Fertigwaren	Mill. DM	856,0	p 904,9	773,2	900,0	749,8
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	134,5	p 132,8	144,6	119,1	122,6
* Enderzeugnisse	Mill. DM	721,5	p 772,1	938,7	654,1	627,3
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EU-Länder	Mill. DM	476,0	p 584,2	537,3	614,7	524,9
darunter Niederlande	Mill. DM	92,3	p 94,3	77,1	84,8	82,8
Frankreich	Mill. DM	83,9	p 82,8	72,6	82,8	83,3
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	75,6	p 76,8	90,3	85,1	74,9
Dänemark	Mill. DM	73,9	p 72,7	64,0	81,3	58,7
Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1986 = 100	140,0
Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1986 = 100	123,7
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
* Ankünfte	1 000	326	333	165	233	361	p 123	p 164	p 245	p 312
darunter von Auslandsgästen	1 000	26	25	15	19	24	p 10	p 14	p 18	p 23
* Übernachtungen	1 000	1 795	1 832	703	1 004	1 815	p 597	p 704	p 1 073	p 1 562
darunter von Auslandsgästen	1 000	57	55	35	44	54	p 25	p 36	p 43	p 50
VERKEHR										
Schifffahrt¹										
Güterempfang	1 000 t	1 862	1 905	2 064	2 032	2 000
Güterversand	1 000 t	1 004	1 086	1 058	1 114	1 128
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	181	179	177	177	169	83	72	103	...
* Güterversand	1 000 t	213	207	259	194	156	139	106	177	...
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²	Anzahl	9 920	10 204	9 277	14 091	11 972	9 459	9 728	14 306	...
darunter Kraftträder	Anzahl	544	576	513	1 230	1 103	116	301	1 479	...
* Personenkraftwagen ³	Anzahl	8 574	8 783	8 154	11 805	9 573	8 625	8 747	11 756	...
* Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	555	593	439	746	876	552	514	680	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 289	1 299	995	1 231	1 050	871	r 1 005	p 761	p 1 002
* Getötete Personen	Anzahl	24	22	23	24	23	16	r 20	p 17	p 22
* Verletzte Personen	Anzahl	1 682	1 721	1 266	1 642	1 391	1 128	r 1 306	p 994	p 1 287

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1994	1995	1995			1996				
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
GELD UND KREDIT											
Insolvenzen											
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	63	73	80	54	48	81	77	69	99	
* Unternehmen	Anzahl	51	59	67	48	40	64	64	59	81	
* übrige Gemeinschuldner	Anzahl	12	14	13	6	8	17	13	10	18	
* Beantragte Konkurse	Anzahl	63	73	80	54	48	81	77	69	99	
* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	41	50	62	29	34	59	53	53	63	
Kredite und Einlagen¹											
		4-Monats-durchschnitt²									
Kredite ² an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	113 824	124 831	-	120 798	-	-	-	-	-	
darunter											
Kredite ² an inländische Nichtbanken	Mill. DM	111 912	122 658	-	118 833	-	-	-	-	-	
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	13 061	14 735	-	13 938	-	-	-	-	-	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	12 681	14 439	-	13 530	-	-	-	-	-	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	380	296	-	408	-	-	-	-	-	
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 234	7 424	-	7 302	-	-	-	-	-	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 150	5 534	-	5 254	-	-	-	-	-	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 084	1 890	-	2 048	-	-	-	-	-	
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	92 869	100 500	-	97 593	-	-	-	-	-	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	68 437	74 630	-	72 304	-	-	-	-	-	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	24 179	25 869	-	25 289	-	-	-	-	-	
Einlagen und aufgenommene Kredite ² von Nichtbanken	Mill. DM	79 209	81 741	-	79 265	-	-	-	-	-	
Sichteinlagen und Termingelder											
von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	54 835	55 226	-	53 606	-	-	-	-	-	
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	48 883	49 262	-	47 797	-	-	-	-	-	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 952	5 965	-	5 809	-	-	-	-	-	
Spareinlagen	Mill. DM	23 266	25 376	-	24 447	-	-	-	-	-	
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	22 914	25 001	-	24 070	-	-	-	-	-	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	352	376	-	377	-	-	-	-	-	
STEUERN											
Steueraufkommen nach der Steuerart		Vierteljahres-durchschnitt			1. Vj. 95			1. Vj. 96			
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	4 282	4 277	-	4 099	-	-	-	3 826	-	
Lohnsteuer	Mill. DM	1 878	2 002	-	1 791	-	-	-	1 744	-	
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	362	280	-	341	-	-	-	253	-	
nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	105	78	-	122	-	-	-	56	-	
Zinsabschlag	Mill. DM	57	53	-	93	-	-	-	98	-	
Körperschaftsteuer	Mill. DM	305	272	-	291	-	-	-	244	-	
Umsatzsteuer	Mill. DM	1 355	1 404	-	1 315	-	-	-	1 324	-	
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	168	120	-	143	-	-	-	93	-	
Bundesteuern	Mill. DM	60	253	-	262	-	-	-	316	-	
Versicherungsteuer	Mill. DM	38	46	-	114	-	-	-	116	-	
Landesteuern	Mill. DM	291	295	-	321	-	-	-	327	-	
Vermögensteuer	Mill. DM	49	57	-	53	-	-	-	53	-	
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	61	55	-	60	-	-	-	63	-	
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	127	127	-	140	-	-	-	132	-	
Gemeindesteuern	Mill. DM	419	424	-	391	-	-	-	374	-	
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	8	-	-	-	8	-	
Grundsteuer B	Mill. DM	96	101	-	93	-	-	-	96	-	
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	295	295	-	270	-	-	-	254	-	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft											
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 220	2 291	-	2 233	-	-	-	2 077	-	
Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 159	2 038	-	1 971	-	-	-	1 761	-	
Lohnsteuer	Mill. DM	798	851	-	761	-	-	-	741	-	
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	154	119	-	145	-	-	-	107	-	
Körperschaftsteuer	Mill. DM	153	136	-	146	-	-	-	122	-	
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	959	854	-	817	-	-	-	716	-	
Steuereinnahmen des Landes ⁴	Mill. DM	2 426	2 461	-	2 405	-	-	-	2 412	-	
Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 991	2 117	-	2 026	-	-	-	1 981	-	
Lohnsteuer und Lohnsteuerzerlegung	Mill. DM	1 000	1 045	-	1 000	-	-	-	905	-	
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	151	115	-	143	-	-	-	106	-	
Körperschaftsteuer	Mill. DM	144	125	-	139	-	-	-	115	-	
Umsatzsteuer	Mill. DM	592	610	-	551	-	-	-	645	-	
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände	Mill. DM	789	776	-	393	-	-	-	419	-	
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵	Mill. DM	242	229	-	267	-	-	-	235	-	
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	423	417	-	5	-	-	-	45	-	

¹ Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

² einschließlich durchlaufender Kredite ³ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember

⁴ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen ⁵ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1994	1995	1995			1996			
	Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1991 = 100									
Einfuhrpreise ²	96,9	97,3	98,4	97,5	97,4	97,5	97,6	97,9	...
Ausfuhrpreise ²	101,6	103,3	103,2	103,0	103,1	103,4	103,4	103,6	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ^{1,2} 1985 = 100	89,3	91,8	92,2	91,9	92,0	90,7	90,4
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ^{1,2}	102,0	103,7	103,4	103,5	103,8	103,1	103,1	103,0	...
landwirtschaftlicher Produkte ^{1,2} 1985 = 100	86,5	87,1	92,1	92,3	91,6	p 86,3	p 86,2
* Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude ¹	112,8	115,4	114,3	.	.	.	115,4
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ^{1,2} 1985 = 100	100,9	102,2	103,6	103,7	103,4	103,2	p 104,3
Einzelhandelspreise	105,8	106,7	106,6	106,6	106,8	107,1	107,5	107,6	107,8
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹	110,6	112,5	112,1	112,1	112,4	113,1	113,7	113,7	113,8
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ¹	107,1	108,6	108,6	108,7	108,9	108,9	109,4	109,7	109,9
Bekleidung, Schuhe ¹	107,4	108,4	108,1	108,1	108,2	108,9	109,0	109,1	109,1
Wohnungsmieten ¹	116,7	121,3	119,7	120,1	120,7	123,4	123,8	124,0	124,1
Energie (ohne Kraftstoffe) ¹	102,2	101,4	101,8	101,4	101,6	98,2	98,8	98,7	99,4
Möbel, Haushaltsgeräte u. s. Güter für die Haushaltsführung ¹	108,2	109,9	109,3	109,5	109,7	110,6	110,7	110,8	110,9
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau mit Handwerk									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	978	1 000	.	.	994
darunter Facharbeiter	1 024	1 050	.	.	1 045
weibliche Arbeiter	695	722	.	.	717
darunter Hilfsarbeiter	663	688	.	.	682
* Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	25,00	26,00	.	.	25,73
darunter Facharbeiter	26,44	27,43	.	.	27,13
weibliche Arbeiter	18,31	19,10	.	.	19,03
darunter Hilfsarbeiter	17,34	18,08	.	.	17,98
bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	38,9	38,3	.	.	38,6
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,9	37,8	.	.	37,7
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau mit Handwerk									
* kaufmännische Angestellte									
männlich	6 006	6 203	.	.	6 151
weiblich	4 128	4 316	.	.	4 266
* technische Angestellte									
männlich	6 150	6 355	.	.	6 289
weiblich	4 184	4 356	.	.	4 321
in Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe									
* kaufmännische Angestellte									
männlich	4 892	5 064	.	.	5 035
weiblich	3 500	3 679	.	.	3 608
technische Angestellte									
männlich	4 302	4 466	.	.	4 439
weiblich	3 417	3 521	.	.	3 676
in Industrie ³ , Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe zusammen									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 233	5 405	.	.	5 374
weiblich	3 677	3 856	.	.	3 791
technische Angestellte									
männlich	5 911	6 115	.	.	6 055
weiblich	4 067	4 236	.	.	4 220

¹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

² ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

³ einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Kreiszahlen
Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30.11.1995			Bevölkerungsveränderung im November 1995			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im März 1996 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahresmonat ¹						
		%							
FLENSBURG	87 422	+ 0,1	- 0,7	- 17	+ 93	+ 76	22	-	26
KIEL	246 269	- 0,1	- 0,2	- 56	- 132	- 188	96	2	121
LÜBECK	217 130	- 0,0	+ 0,1	- 86	+ 0	- 86	54	1	71
NEUMÜNSTER	82 024	- 0,0	+ 0,0	- 5	+ 3	- 2	29	-	36
Dithmarschen	133 436	+ 0,0	+ 0,5	- 1	+ 7	+ 6	29	-	35
Herzogtum Lauenburg	170 014	+ 0,1	+ 1,3	- 20	+ 199	+ 179	33	-	44
Nordfriesland	158 950	- 0,0	+ 0,9	- 107	+ 63	- 44	48	2	62
Ostholstein	197 351	+ 0,0	+ 0,6	- 63	+ 116	+ 53	53	2	73
Pinneberg	282 431	+ 0,1	+ 0,6	- 18	+ 168	+ 150	95	2	111
Plön	126 856	- 0,2	+ 2,2	+ 14	- 213	- 199	23	-	39
Rendsburg-Eckernförde	257 858	+ 0,2	+ 1,0	- 45	+ 418	+ 373	69	-	94
Schleswig-Flensburg	188 043	+ 0,0	+ 1,0	- 46	+ 127	+ 81	44	3	65
Segeberg	236 744	+ 0,1	+ 1,4	- 22	+ 141	+ 119	75	4	103
Steinburg	133 169	+ 0,1	+ 1,0	+ 5	+ 69	+ 74	32	-	38
Stormarn	208 728	+ 0,1	+ 1,1	- 15	+ 162	+ 147	59	1	76
Schleswig-Holstein	2 726 425	+ 0,0	+ 0,7	- 482	+ 1 221	+ 739	761	17	994

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.01.1996		
	Betriebe am 30.04.1996	Beschäftigte am 30.04.1996	Umsatz ⁴ im April 1996 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLENSBURG	54	8 415	298	43 912	38 527	441
KIEL	108	16 449	250	120 994	106 254	431
LÜBECK	115	15 960	347	109 013	96 038	442
NEUMÜNSTER	66	7 619	129	46 064	40 250	491
Dithmarschen	61	6 613	350	86 730	70 157	526
Herzogtum Lauenburg	103	7 745	144	107 016	91 753	540
Nordfriesland	49	2 800	84	104 443	84 721	533
Ostholstein	76	5 437	127	120 237	101 970	517
Pinneberg	179	17 157	460	169 103	145 805	516
Plön	39	2 459	53	75 432	63 187	498
Rendsburg-Eckernförde	108	7 702	188	163 230	135 709	526
Schleswig-Flensburg	73	4 181	110	121 777	98 718	525
Segeberg	186	16 629	514	162 526	137 724	582
Steinburg	74	7 865	295	84 919	69 413	521
Stormarn	167	19 604	518	136 927	118 307	567
Schleswig-Holstein	1 458	146 635	3 869	1 652 323	1 398 533	513

¹ nach dem Gebietsstand vom 30.11.1995

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: 30.11.1995

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 30.09.1995		Arbeitslose Ende April 1996			Kurzarbeiter Mitte April 1996	offene Stellen Mitte April 1996	Be- schäftigte am 31.12.1994	baugewerblicher Umsatz ³ im Dezember 1994	
	1 000	Veränderung ¹	1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				Mill. DM	Export- quote ⁴
		%		%	1 000	1 000				
Baden-Württemberg	10 313,4	+ 0,5	349,8	+ 6,5	8,0	51,3	51,0	1 272	33 035	32
Bayern	11 976,4	+ 0,6	397,8	+ 12,5	7,9	46,5	66,7	1 247	30 297	31
Berlin	3 471,5	- 0,1	237,4	+ 11,9	15,4	8,0	7,7	162	5 698	14
Brandenburg	2 540,4	+ 0,2	191,1	+ 15,6	16,6	21,1	10,9	104	1 744	10
Bremen	679,7	- 0,3	44,3	+ 9,6	15,7	4,6	2,3	72	3 050	38
Hamburg	1 708,0	+ 0,2	84,9	+ 9,7	11,8	4,9	4,7	119	8 774	15
Hessen	6 003,9	+ 0,5	233,0	+ 8,4	9,3	23,1	25,1	544	13 658	30
Mecklenburg-Vorpommern	1 826,5	- 0,4	149,7	+ 14,3	18,2	8,6	7,4	50	880	11
Niedersachsen	7 765,1	+ 0,9	381,6	+ 11,4	11,9	22,0	40,5	588	16 427	30
Nordrhein-Westfalen	17 870,3	+ 0,4	820,8	+ 4,8	11,3	95,6	70,7	1 689	43 722	27
Rheinland-Pfalz	3 971,2	+ 0,6	146,1	+ 9,0	9,2	16,4	26,2	331	9 422	27
Saarland	1 084,1	+ 0,1	51,2	+ 2,7	12,3	8,6	4,3	115	2 472	28
Sachsen	4 571,9	- 0,4	333,7	+ 15,7	16,5	29,0	18,7	212	3 266	11
Sachsen-Anhalt	2 746,4	- 0,6	238,7	+ 14,9	19,2	23,8	10,7	137	2 594	14
Schleswig-Holstein	2 723,2	+ 0,7	110,5	+ 9,2	9,8	8,0	15,0	161	4 604	24
Thüringen	2 507,4	- 0,5	196,4	+ 12,9	17,2	18,9	11,7	119	1 902	13
Bundesrepublik Deutschland	81 759,4	+ 0,3	3 967,0	+ 10,1	11,5	390,4	373,5	6 924	181 546	28
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	66 265,2	+ 0,5	2 769,2	+ 8,0	10,1	286,0	311,1	6 268	170 528	29
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 494,3	- 0,3	1 197,8	+ 15,1	17,1	104,4	62,5	656	11 019	12

Bundesland	Bauhauptgewerbe			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im Januar 1996		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im Februar 1996				
	Beschäftigte am 31.12.1995	Baugewerblicher Umsatz ² im Dezember 1995		Zahl der genehmigten Wohnungen im Dezember 1995	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte		
		1 000	Mill. DM				Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	je 100 Unfälle
		%	%	%	%						
Baden-Württemberg	168	2 907	- 12,5	6 433	629 004	2 243 902	- 0,9	2 544	+ 2,0	3 655	144
Bayern	243	4 278	- 12,1	6 306	1 054 418	4 165 203	- 7,0	3 694	+ 1,8	5 397	146
Berlin	62	1 555	+ 5,0	5 091	193 235	424 594	- 5,2	870	- 12,9	1 065	122
Brandenburg	75	1 239	- 6,2	4 267	94 938	319 029	+ 8,0	1 099	+ 8,6	1 458	133
Bremen	10	257	+ 16,4	414	39 832	72 652	- 1,2	139	- 40,1	168	121
Hamburg	22	561	- 11,7	940	140 703	247 461	- 1,2	508	- 19,1	664	131
Hessen	89	1 808	+ 3,8	2 910	541 758	1 763 896	- 1,2	1 645	- 15,4	2 295	140
Mecklenburg-Vorpommern	51	889	- 1,5	2 801	90 678	306 721	+ 5,7	736	+ 18,1	1 036	141
Niedersachsen	122	2 089	- 16,6	4 738	444 931	1 467 850	- 0,8	2 813	- 3,0	3 678	131
Nordrhein-Westfalen	230	4 034	- 2,8	11 094	842 365	2 461 725	+ 1,2	4 083	- 27,1	5 426	133
Rheinland-Pfalz	56	1 006	- 3,9	2 010	219 829	769 119	- 6,3	1 062	- 9,6	1 486	140
Saarland	17	247	- 22,2	326	35 458	151 563	+ 7,4	352	+ 3,2	482	137
Sachsen	139	2 185	+ 0,5	10 461	198 939	603 819	+ 11,5	1 218	+ 1,9	1 617	133
Sachsen-Anhalt	95	1 404	- 14,8	3 607	106 037	310 339	+ 4,0	787	- 13,6	1 022	130
Schleswig-Holstein	46	667	- 29,2	1 545	123 347	598 911	- 1,8	1 055	+ 6,0	1 326	126
Thüringen	68	976	- 18,9	2 273	137 341	457 871	+ 0,4	776	+ 6,2	1 072	138
Bundesrepublik Deutschland	1 492	26 100	- 8,3	65 216	4 892 813	16 364 655	- 1,8	24 147	- 6,0	32 863	136
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	1 044	19 013	- 8,8	37 687	4 217 047	14 269 679	- 2,8	19 159	- 7,3	26 199	137
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	448	7 087	- 7,1	27 529	675 766	2 094 976	+ 5,4	4 988	- 0,3	6 664	134

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Gedruckt im
Statistischen Landesamt
Schleswig-Holstein

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≐ = entspricht